



Nr. 263 | 14.03.2022

Ukraine-Analysen

- Russlands Angriff auf die Ukraine
- Kosaken

VON DER REDAKTION	
Spendenaufruf	2
KOMMENTAR	
Putins Angriff auf die Ukraine und die erzwungene Rückkehr zur Logik des kalten Krieges	3
Von Jakob Hauter (University College London)	
Russland will die Ukraine kontrollieren – und wird langfristig das Gegenteil erreichen	4
Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
Die Ukraine kämpft für Europa	6
Von Mattia Nelles (GIZ, Kyjiw / Düsseldorf)	
UMFRAGE	
Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum Krieg	8
DOKUMENTATION	
Offene Briefe gegen Russlands Krieg in der Ukraine	12
Internationale Hilfen für die Ukraine	16
Diplomatische Gespräche im Vorfeld des Krieges	19
ANALYSE	
Kosakenorganisationen in der heutigen Ukraine	26
Richard Arnold (Muskingum University, New Concord, OH)	
CHRONIK	
18. – 23. Februar 2022	30

VON DER REDAKTION

Spendenauf Ruf

Die letzten Ukraine-Analysen vom 22. Februar 2022 thematisierten bereits den russischen Militäraufmarsch an den Grenzen zur Ukraine. Dennoch schienen zu diesem Zeitpunkt ein vollumfänglicher russischer Angriff und Pläne für einen »Regime Change« in der Ukraine nahezu allen Expert:innen kaum vorstellbar. Und doch, zwei Tage später, am 24. Februar, befahl der russische Präsident Wladimir Putin den Angriff auf die Ukraine. Das scheinbar Unvorstellbare, ein Krieg mitten in Europa, wurde und ist seither Realität, mit all seinen dramatischen Folgen: Hunderte zivile Opfer, Dutzende zerstörte Orte, Millionen flüchtende Menschen.

Diese historische Zäsur betrifft natürlich auch unsere Redaktion. Der Krieg beherrscht unseren Arbeitsalltag. Wir sind besorgt um unsere ukrainischen Kolleg:innen, die nicht mehr in Sicherheit sind und ihrer Arbeit nicht oder nur schwer nachgehen können. Die Ukraine-Analysen haben sich seit jeher als ein Sprachrohr und eine Brücke nach Deutschland für ukrainische Expert:innen verstanden.

Um unsere ukrainischen Kolleg:innen zu unterstützen, hat die Forschungsstelle Osteuropa Bremen kurzfristig ein Sonderstipendienprogramm ins Leben gerufen. Es soll geflüchteten Wissenschaftler:innen aus der Ukraine, aber auch bedrohten Kolleg:innen aus Russland und Belarus die Möglichkeit bieten, ihre Arbeit in Bremen fortzusetzen. Zur Finanzierung dieser Stipendien haben wir eine Spendenkampagne gestartet.

Wir bitten um Ihre Unterstützung, damit Wissenschaftler:innen auf der Flucht in Sicherheit nach Bremen kommen können.

Ihre Spende überweisen Sie bitte an den Förderverein der Forschungsstelle Osteuropa unter dem Stichwort: »geflüchtete WissenschaftlerInnen«:

IBAN: DE12 8306 5408 0004 8513 82

BIC: GENODEF1SLR

Deutsche Skatbank

Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, schreiben Sie bitte eine kurze Email mit Namen und Adresse an: fsov@uni-bremen.de.

Auch wenn durch den Kriegsausbruch einiges in unserem Arbeitsalltag durcheinandergeraten ist, sind wir weiterhin bemüht, regelmäßig verlässliche Hintergrundinformationen zu liefern und die Geschehnisse in der Ukraine mithilfe der Einschätzungen von sachkundigen Expert:innen einzuordnen und zu analysieren. Das ist nicht nur angesichts der sich teils überschlagenden und manchmal widersprüchlichen Nachrichten notwendig, um den Überblick zu bewahren, sondern auch, weil dieser Krieg mehr denn je auch medial und digital ausgefochten wird und gezielt Falschinformationen verbreitet werden.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

KOMMENTAR

Putins Angriff auf die Ukraine und die erzwungene Rückkehr zur Logik des kalten Krieges

Von Jakob Hauter (University College London)

Im Mai 2021 schrieb ich in einem Beitrag für die Ukraine-Analysen (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/251/krieg-und-frieden-im-donbas-lehren-aus-dem-russischen-truppenaufmarsch/>), das Risiko einer russischen Invasion jenseits der besetzten Gebiete auf der Krim und im Donbas sei gering. Zu hoch seien die absehbaren Kosten eines solchen Unterfangens. Gleichzeitig schrieb ich, dass sich die Ukraine und der Westen auch auf unwahrscheinliche Eskalationsszenarien vorbereiten müssen, da niemand die genaue Kosten-Nutzen-Einschätzung und die Entscheidungsprozesse der russischen Staatsführung kennt.

Mit der zweiten Einschätzung hatte ich recht. Mit der ersten lag ich katastrophal daneben, obwohl ich mir nie Illusionen über die potenzielle Gewaltbereitschaft des Kremls gemacht habe. Seit 2014 habe ich stets davor gewarnt, Russlands destruktive Rolle in der Ukraine zu verkennen. Aber, wie viele andere, hätte ich nie gedacht, dass man im Kreml ernsthaft zu dem Schluss kommen könnte, eine großangelegte Invasion der Ukraine sei ein erfolgversprechendes Unterfangen.

Es scheint, dass das Kalkül Wladimir Putins und der wenigen Berater, die in den Entscheidungsprozess eingebunden waren, von einer Sicht auf die Welt geprägt ist, die der russischen Medienpropaganda ähnlicher ist als gedacht. Die plausibelste Erklärung für die Invasion ist, dass die Entscheidungsträger im Kreml die Situation in der Ukraine verzerrt wahrnehmen. In ihrer Wahrnehmung wird die Ukraine von einem schwachen, von den USA gesteuerten, Vasallenregime regiert, das mit einer schnellen Militäroperation – daher vermutlich auch das Framing einer »speziellen militärischen Operation« – zügig beseitigt werden kann. Die Bevölkerung würde, wie 2014 auf der Krim, eine neu eingesetzte pro-russische Staatsführung zumindest tolerieren. Da, wie Putin in seinen »historischen« Abhandlungen erklärte, der ukrainische Staat faktisch ein Konstrukt ist, existiert auch keine ukrainische Zivilgesellschaft. Pro-westliche Aktivist*innen sind für ihn lediglich eine übersehbare Gruppe zumeist bezahlter Agent*innen, die aus dem Land gejagt, verhaftet oder auf andere Weise ausgeschaltet werden können. Gleichzeitig ist der Westen zu schwach und gespalten, um die Ukraine ernsthaft zu unterstützen, wie die Sanktionen nach 2014 bewiesen, die Russland kaum Ernst nahm.

Diese Vorstellung hat mit der Realität wenig zu tun. In den ersten Tagen des Angriffs zeigte sich deutlich, dass die Invasion langsamer und mit höheren Kosten

voranschreitet als vom Kreml erhofft. Die ukrainische Armee kämpft entschlossen, die Staatsführung bleibt in Kyjiw, die Zivilbevölkerung zeigt beeindruckende Resilienz und der Westen liefert Waffen und hat in kürzester Zeit harte Sanktionen auf den Weg gebracht, die Russland empfindlich treffen. Diese Konfrontation des Wunschdenkens im Kreml mit der Realität ist gefährlich – für den Westen, aber in allererster Linie für die Ukraine. Es ist nicht auszuschließen, dass eine frustrierte, in die Ecke getriebene russische Staatsführung zu noch radikaleren und brutaleren Methoden greift. Russlands Kriege in Tschetschenien und Syrien haben gezeigt, dass der Kreml auch vor dem Flächenbombardement von Städten nicht zurückschreckt. Die Ukraine und die USA werfen Russland bereits den Einsatz von Streubomben und Vakuumbomben vor. Einige Wohngebiete, vor allem im Norden Charkivs und nordwestlich von Kyjiw, liegen schon in Trümmern. Darüber hinaus kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass Russland im Extremfall bereit wäre, Atomwaffen einzusetzen, auch wenn das Risiko dafür, trotz der von Putin jüngst angeordneten Erhöhung der Alarmbereitschaft der strategischen Waffen, von Experten als gering bezeichnet wird.

Damit spielt der Kreml gezielt mit der Angst des Westens vor einem Atomkrieg. Die Vorstellung, dass ein gereizter und unter Druck geratener Putin alleine mit dem roten Knopf im Bunker des Kremls sitzt und über das Wohl der Menschheit entscheidet, nützt letztendlich vor allem dem russischen Regime. Dieses Schreckensszenario hat das Potenzial, den Westen zu lähmen. Jede rational betrachtete völlig verhältnismäßige Maßnahme müsste aus Angst vor einer irrationalen Überreaktion aus Moskau auf den Prüfstand. Jeder militärischen Aggression von russischer Seite müssten Zugeständnisse folgen, um den Kreml bloß nicht weiter zu reizen. Die Folgen wären fatal. Eine russische Staatsführung, die überzeugt ist, dass der Westen zu viel Angst vor ihren Atomwaffen hat, um ihr etwas entgegenzusetzen, ist noch gefährlicher, als eine russische Staatsführung, die sich in die Ecke gedrängt fühlt.

Es bleibt dem Westen also gar nichts anderes übrig als darauf zu vertrauen, dass Putin ein Interesse am eigenen Überleben hat und dass die grundlegende Abschreckungslogik des Kalten Krieges, die wir 30 Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation weitgehend verdrängt haben, nach wie vor greift. Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, jede direkte militärische Konfron-

tation mit Russland zu vermeiden, auch wenn ukrainische Forderungen nach einer Flugverbotszone vollkommen nachvollziehbar sind. Waffenlieferungen an die Ukraine sowie spürbare Wirtschaftssanktionen, die auch den russischen Öl- und Gassektor treffen, erscheinen jedoch alternativlos. Es muss unbedingt vermieden werden, dass Putin sich selbst und der russischen Öffentlichkeit die Invasion der Ukraine als einen großen Erfolg verkaufen kann. Ein Waffenstillstand und der Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine muss für Russland zur politischen, ökonomischen und militärischen Notwendigkeit werden.

Nach Beendigung des Krieges führt an einer politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Westintegration der Ukraine kein Weg vorbei. Der von Russland geforderte neutrale Status war bereits früher schon eine problematische Idee. Seit dem 24. Februar 2022 ist er gar keine Option mehr. Zu groß wäre die Wahrscheinlichkeit, dass der Kreml früher oder später erneut angreifen könnte, um das Begonnene zu vollenden und offene Rechnungen zu begleichen. Neben zusätzlicher militärischer und wirtschaftlicher Hilfe für den Wiederaufbau muss daher auch der von der Ukraine angestrebte EU- und NATO-Beitritt zügig vorbereitet werden, um den Menschen im Land Hoffnung auf eine friedliche Zukunft zu machen.

Vor diesem Hintergrund ist die historische außen- und sicherheitspolitische Kehrtwende, die die deutsche Bundesregierung in Windeseile vollzogen hat, ein posi-

tives Signal. Natürlich muss man sich die Frage stellen, ob ein früherer Paradigmenwechsel in Form einer deutlicheren Antwort auf die Ereignisse von 2014 nicht mehr bewirkt hätte. Aber solche Überlegungen sind jetzt müßig. Das Ziel muss nun sein, schlimmeres zu verhindern und der Ukraine deutlich zu machen: Wir stehen an eurer Seite und werden euch auf allen Ebenen unterstützen.

Je länger der Krieg andauert, umso schwieriger wird jedoch dieses Unterfangen. Russland kontrolliert bereits den für die Wasserversorgung der Krim essenziellen Nord-Krim-Kanal. Auch die Landverbindung zwischen den besetzten Gebieten im Donbas und der Krim ist so gut wie hergestellt. Weitere Landgewinne sind angesichts der zahlenmäßigen Übermacht der russischen Streitkräfte durchaus wahrscheinlich und ein Rückzug wird schwieriger zu erreichen sein als ein Waffenstillstand. Ein neuer eiserner Vorhang, der sich um Russland und Belarus zieht und besetzte und unbesetzte Gebiete der Ukraine voneinander trennt ist somit kein wünschenswertes, aber ein erschreckend realistisches Szenario. Hier drängen sich Parallelen zum Kalten Krieg und zur deutschen Teilung auf. Gerade aufgrund dieser historischen Erfahrung sollte sich Deutschland mit aller Kraft für einen vollständigen russischen Truppenabzug einsetzen. Gleichzeitig muss man aber der Realität ins Auge sehen, dass sich dieses Ziel möglicherweise erst lange Zeit nach einem Waffenstillstand erreichen lassen wird.

Über den Autor

Jakob Hauter ist Doktorand an der School of Slavonic and East European Studies des University College London. Seine Promotion beschäftigt sich mit dem Ausbruch des Krieges in der Ostukraine im Jahr 2014. Seine Publikationen sind auf <https://www.ucl.ac.uk/ssees/jakob-hauter> abrufbar.

Russland will die Ukraine kontrollieren – und wird langfristig das Gegenteil erreichen

Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Der russische Präsident Wladimir Putin will die Ukraine mit militärischer Gewalt in die russische Einflussphäre zurückholen – erreichen wird er damit das genaue Gegenteil. Seit Putin den Befehl für eine »militärische Sonderoperation« gegeben hat, um einen angeblichen »Genozid« im Donbas zu verhindern und dafür die Ukraine entmilitarisieren und »entnazifizieren« will, ist den Menschen in der Ukraine bewusst: Putin will nicht nur den Donbas unter seine Kontrolle bringen, sondern das gesamte Land. Und zwar nicht friedlich mithilfe von »soft power« oder Argumenten wie

der wirtschaftlichen Attraktivität Russlands, sondern mit dem einzigen (und aus seiner Sicht bewährten) Mittel, das ihm zur Verfügung steht: militärischer Gewalt.

Der Krieg hat bereits verheerende Ausmaße angenommen. Ukrainischen Angaben zufolge wurden in den ersten zwölf Tagen Dutzende Krankenhäuser zerstört, mehr als 200 Schulen und 1.500 Wohngebäude; Hunderte Zivilisten kamen dabei ums Leben. Mehr als zwei Millionen Menschen sind bereits geflohen, und in den kommenden Wochen und Monaten werden weitere Millionen hinzukommen. Bombardierte Städte, wie

die ehemals blühende Studentenmetropole Charkiw im Osten oder Tschernihiw im Norden, wecken dunkle Erinnerungen an Grosny 1999 oder Aleppo 2016, als diese Städte vom russischen Militär praktisch dem Erdboden gleich gemacht wurden.

Russlands völkerrechtswidrige Kriegsführung mit bewussten Angriffen auf die zivile Infrastruktur hat nicht nur zum Ziel, die ukrainische Staatlichkeit zu zerstören, sondern auch, die Menschen in der Ukraine zu brechen und zu demütigen – als Rache für die Abkehr von Russland 2013/2014. Damals protestierten Millionen Ukrainer:innen für einen westlichen Kurs und gegen eine engere Anbindung an Russland. In Folge dieser »Revolution der Würde« brach die Ukraine endgültig aus der russischen Einflusszone aus, die der Kreml im »nahen Ausland« für sich proklamiert. Der informelle politische und wirtschaftliche Einfluss auf Kyjiw, den Moskau auch nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 weiterhin besaß, war dem Kreml 2014 endgültig entglitten. Der aktuelle Einmarsch hat somit mehr mit dieser Entwicklung zu tun als mit einem vermeintlich bevorstehenden NATO-Beitritt der Ukraine, der 2008 vom Bündnis klar abgelehnt wurde und seither nicht weiter vorangekommen ist.

Russlands Invasion hat zu einem eklatanten Bruch geführt, allerdings anders, als von Putin und seinen Beratern erwartet worden war: Anstatt eines schnellen Zusammenbruchs des ukrainischen Staates (den es laut Putin gar nicht gibt) ist die ukrainische Gesellschaft – im gesamten Land, unabhängig davon ob West oder Ost – enger zusammengerückt, wie Umfragen belegen (siehe Umfragen in dieser Ausgabe). Der Rückhalt für den früheren Schauspieler Wolodymyr Selenskyj, der, so will es die Ironie der Geschichte, im Präsidentenamt wohl tatsächlich die Rolle seines Lebens gefunden hat, ist über alle Regionen des Landes hinweg äußerst hoch (im Westen, wo Selenskyj anfangs den geringsten Rückhalt besaß, mit 85 Prozent sogar besonders hoch). Das gilt auch für die Moral und den Kampfgeist der ukrainischen Armee sowie für den generell starken Zusammenhalt in der Bevölkerung. Es spielt keine Rolle, welche Sprache man spricht, in welcher Region man lebt oder ob man politisch links oder rechts steht. Nach dem Blitzangriff ist die Ukraine nicht zusammengebrochen, sondern vereinter denn je. Das gibt den Menschen selbst unter den bedrückenden Umständen Kraft und Hoffnung. Glaubten im Januar 2022 noch 56 Prozent, dass die Ukraine eine russische Invasion abwehren könnte, waren es Anfang März, nach der ersten Woche des Krieges, 88 Prozent, die von einem Sieg der Ukraine ausgingen.

Wenn Putin mit seinem militärischen Einmarsch etwas zerstört hat (abgesehen von der russischen Wirtschaft und der Zukunft des eigenen Landes), dann nicht

den ukrainischen Staat, sondern das Band zwischen der Ukraine und Russland. Machten viele Ukrainer:innen in den letzten Jahren hauptsächlich die russische Führung für den Konflikt zwischen beiden Staaten verantwortlich (vor einem Jahr (<https://www.levada.ru/2021/12/17/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-10/>) war die ukrainische Bevölkerung gegenüber der russischen Bevölkerung mehrheitlich freundlich gestimmt), ändert sich das mit zunehmender Dauer und Intensität des Krieges. Zwar schreibt die Mehrheit der Ukrainer:innen (55 Prozent) der russischen Regierung die alleinige Verantwortung für den Krieg zu, allerdings meinen auch fast 40 Prozent, dass die russische Bevölkerung eine Mitschuld trage. Sie sind bestürzt, dass ihre russischen Verwandten und Bekannten eher der staatlichen russischen Propaganda von einer »sauberen Militäroperation« glauben als den betroffenen Ukrainer:innen, die den Krieg am eigenen Leib erfahren und von den Zerstörungen berichten. Das wird auch nach Kriegsende negative Konsequenzen für das Verhältnis zwischen der ukrainischen und russischen Gesellschaft haben.

Doch nicht nur auf dieser persönlichen Ebene entfernen sich beide Staaten durch den Krieg voneinander, sondern auch auf der (geo-)politischen: Während Russland sich durch seinen Angriffskrieg politisch und wirtschaftlich selbst isoliert hat und die innenpolitischen Repressionen gegen die eigene Bevölkerung noch verschärft, schreitet die Westintegration der Ukraine weiter voran. Am 28. Februar 2022 beantragte Selenskyj offiziell den EU-Beitritt und forderte ein beschleunigtes Aufnahmeverfahren. Zwar wird das Land in nächster Zeit vermutlich weder der EU noch der NATO beitreten, doch in der Bevölkerung werden diese Ziele, die früher durchaus umstritten waren, inzwischen mit großer Mehrheit befürwortet. Sprachen sich im Januar 2022 noch 65 Prozent für einen EU-Beitritt aus, waren es im März bereits 86 Prozent – so viele wie noch nie. Das gilt auch für die Befürwortung eines NATO-Beitritts, für den der Zuspruch im selben Zeitraum von 60 auf 76 Prozent stieg.

Die globale Solidarität und die Unterstützung der Ukraine sind bemerkenswert (siehe Dokumentation) und es bleibt zu hoffen, dass diese auch anhalten, wenn der Krieg in einigen Wochen zwar nicht aus der Ukraine verschwunden sein sollte, aber aus den internationalen Schlagzeilen. Es ist absolut unklar, wie der Krieg in den nächsten Wochen weitergehen und in welcher Form der ukrainische Staat weiterexistieren wird. Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass Putins Krieg den Nationsbildungsprozess der Ukraine stärker beschleunigt und konsolidiert hat, als die 30 Jahre der Unabhängigkeit zuvor.

Die Menschen in Europa akzeptieren allmählich, dass die Ukraine ein Teil von Europa ist. Der Wiederaufbau der Nachkriegsukraine wird ein langwieriger

und kostspieliger Prozess und damit eine große Herausforderung für Europa. Hierbei sollte vor allem Deutschland einen wichtigen Beitrag leisten, da wir eine historische Verantwortung gegenüber der Ukraine haben, wie ich in meinem letzten Kommentar beschrieben habe (Ukraine-Analysen 262, <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/262/wir-schulden-der-ukraine-unterstuetzung-und-eine-klare-linie/>). Vor allem aber hat Deutschland nach 1945 gezeigt, dass ein zerstörtes Land wiederaufgebaut und ein geteiltes Land wieder vereinigt werden kann – und dass eine Aussöhnung zwischen verfeindeten Völkern gelingen kann.

Über den Autor

Dr. *Eduard Klein* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteur der Ukraine-Analysen.

Die Ukraine kämpft für Europa

Von Mattia Nelles (GIZ, Kyjiw / Düsseldorf)

2016 hielt Arsenij Jazenjuk, ehemaliger ukrainischer Premierminister (2014–2016), eine Rede in Berlin, in der er betonte, dass die Ukraine im Donbas die Freiheit Europas verteidige. Wenn die Ukraine gegen Russland unterliege, werden russische Panzer weiter Richtung Westen rollen, warnte er. Das Publikum des politischen Berlins schüttelte den Kopf und viele wussten mit dem Pathos und den warnenden Worten wenig anzufangen.

Jetzt ist es zwei Wochen her, dass Russland – für viele vollkommend überraschend – in die Ukraine einfiel und einen brutalen Krieg auf dem europäischen Kontinent auslöste. Trotz Warnungen des Westens an Russland, unzähliger diplomatischer Bemühungen (siehe Dokumentation in dieser Ausgabe, Anm. d. Red.) und harter Sanktionen. Seitdem flohen mehr als zwei Millionen Ukrainer:innen aus dem Land, mehrheitlich Richtung Europa. Dazu sind weitere Millionen innerhalb der Ukraine auf der Flucht. Das UN-Flüchtlingskommissariat spricht von der am schnellsten wachsenden Flüchtlingskatastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg. Bis zu sieben Millionen Ukrainer könnten nach Einschätzungen der EU in den kommenden Monaten das Land verlassen.

Täglich erreichen uns Bilder und Videos aus der gesamten Ukraine, die das Leid und die Zerstörung dokumentieren. Täglich spreche ich mit Familie, Freunden und Kolleg:innen in der Ukraine und höre zutiefst beunruhigende Lageberichte und immer stärker werdende Hilferufe. Städte wie Charkiw, Tschernihiw und Vororte von Kyjiw stehen fast täglich unter Beschuss. Selbst strategisch unbedeutende Orte wie Uman, Schytomyr und Bila Zerkwa wurden in den letzten Tagen aus der Luft und von Lenkraketen angegriffen. Einige Städte sind komplett eingekesselt und stehen wie Sumy oder Mariupol unter permanenten Beschuss, wo heute [09.03.2022] eine Bombe ein Geburtskrankenhaus traf.

Früh zeichnete sich ein Bild eines russischen Angriffskrieges ab, wie wir es bereits aus Grosny oder Syrien ken-

nen. Wichtige zivile Infrastruktur, wie Krankenhäuser, Schulen, Wasser- oder Kraftwerke werden systematisch angegriffen und zerstört. Es kommen geächtete Waffensysteme in dicht besiedelten Metropolen zum Einsatz, die nur den Zweck haben, maximale Zerstörung anzurichten – von einer »Sonderoperation« gegen militärische Ziele keine Spur. Gerade in der belagerten Hafenstadt Mariupol erinnern die Bilder und Videos an eine mittelalterliche Belagerung mit Mitteln des 21. Jahrhunderts. Dort wird bewusst eine humanitäre Katastrophe herbeigeführt. Mehr als 300.000 Bürger:innen der Stadt verbleiben bis heute ohne Lebensmittel, Wasser, Strom, Gas oder Heizung. Ihnen wurde die Flucht versagt und »humanitäre Korridore« bisher stets beschossen oder vermint. Der Vize-Bürgermeister Serhij Orlow sprach am 9.3.2022 bei einem Briefing für Journalisten von mehr als 1.200 zivilen Opfern. Es seien aber so viele Tote, das man nicht mehr mit dem Zählen hinterherkomme, geschweige denn mit dem Bestatten. Der Bürgermeister von Tschernihiw berichtete davon, dass die zivilen Opfer in Schützengräben bestattet werden müssen, da der Zentralfriedhof unter Dauerbeschuss stünde. Das alles passiert nicht irgendwo, sondern in Europa.

Wie auch Jazenjuk warnten viele, vor allem mittel- und osteuropäische Politiker:innen und Expert:innen, schon lange vor Putins rücksichtsloser Politik. Seit Jahren kritisierten große Teile Europas zudem Deutschlands Alleingang in Gasfragen und den Bau von Nord Stream 1 und 2, was die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas noch vergrößerte. Kaum jemand im politischen Berlin wollte den warnenden Worten Glauben schenken. Zu sicher war man sich der besonderen deutsch-russischen Beziehungen und gab sich dem Glauben hin, dass Deutschland der Ausgleich mit Russland gelingen würde. Jetzt zeigt der russische Angriffskrieg gerade uns Deutschen schmerzhaft unsere Fehler der Vergangenheit auf. Wir müssen verstehen, dass

Putin einen rücksichtslosen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine und ihr Bestreben, Teil der europäischen Familie zu sein, führt – und dabei vor nichts zurückschreckt.

Trotz der nominell haushohen militärischen Überlegenheit leistet die Ukraine, inklusive der Zivilbevölkerung, den russischen Streitkräften einen beeindruckenden Widerstand. Heute kämpfen die Ukrainer geeint, wie fast noch nie in ihrer Geschichte, für ihre Freiheit und ihr Recht auf Selbstbestimmung, und damit für Werte, die die Grundlagen unserer europäischen Ordnung bilden. Nach dieser von Russland hervorgerufenen Zeitenwende kann nicht einmal mehr ausgeschlossen werden, dass Putin nicht auch noch Georgien, Moldawien, das Baltikum oder Polen angreift. Deswegen gilt es umso mehr, dass wir die Ukraine bei ihrem Kampf um Freiheit unterstützen. So pathetisch es klingen mag, aber die Ukrainer:innen verteidigen in Charkiw, Mariupol und Odesa nunmehr auch unsere europäische Freiheit. Fällt die Ukraine, gelangt eine junge europäische Demokratie in die Hände eines rücksichtslosen Despoten, der gerade auch sein eigenes Land zunehmend in eine Diktatur verwandelt.

Die tapferen Bürger:innen der Ukraine, die sich dem mit all ihrer Kraft entgegenstellen, benötigen umfas-

sende diplomatische, ökonomische und ja, auch militärische Unterstützung. Anstatt ein paar Panzerfäuste und Luftabwehrraketen zu liefern, von denen einige aus verrosteten NVA-Beständen stammen, sollte Deutschland alles dafür tun, um die Ukrainer:innen zu befähigen, sich effektiv zu verteidigen und den russischen Vormarsch zu stoppen. In der Ukraine werden deutsche Bedenken zum möglichen Transfer von MiG-29 Kampfflugzeugen von Polen über US-Stützpunkte in die Ukraine, oder die Skepsis eines schnellen Ausstieges von russischem Öl und Gas fassungslos wahrgenommen. Die bisherigen Hilfsleistungen können somit nur der Anfang sein. Die Ukraine benötigt massive Unterstützung mit Diesel und Treibstoff sowie ungebundene Kredite in Milliardenhöhe, um ihre Versorgung aufrecht zu erhalten. Das Überleben der Ukraine ist in unserem ureigenen Interesse. Deswegen sollten wir in der jetzigen Situation alles daransetzen, die Ukraine uneingeschränkt mit allen Mitteln zu unterstützen und Russland für seinen Völkerrechtsbruch zur Rechenschaft zu ziehen und solange zu isolieren, bis es den Krieg in der Ukraine stoppt.

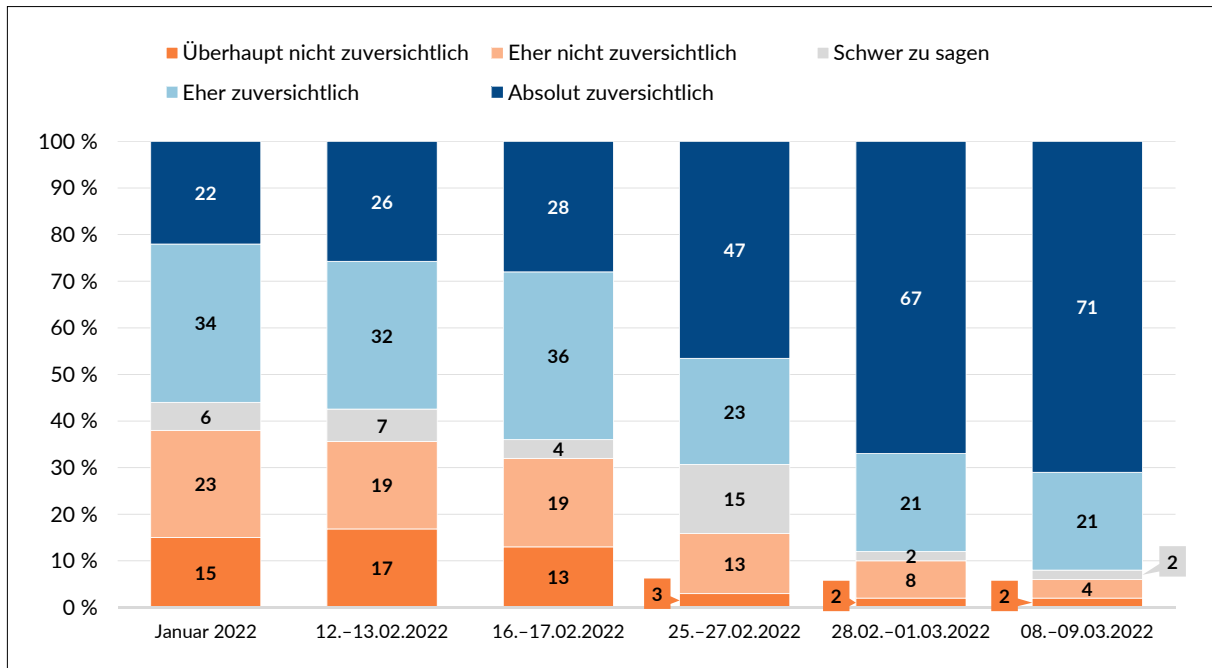
Über den Autor

Mattia Nelles arbeitet seit Ende 2020 für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zu Projekten in der Ostukraine. Zuvor war er Programmdirektor für die Ukraine beim Zentrum Liberale Moderne (Lib-Mod) in Berlin. Der Text spiegelt ausschließlich die eigene Meinung des Autors wider.

UMFRAGE

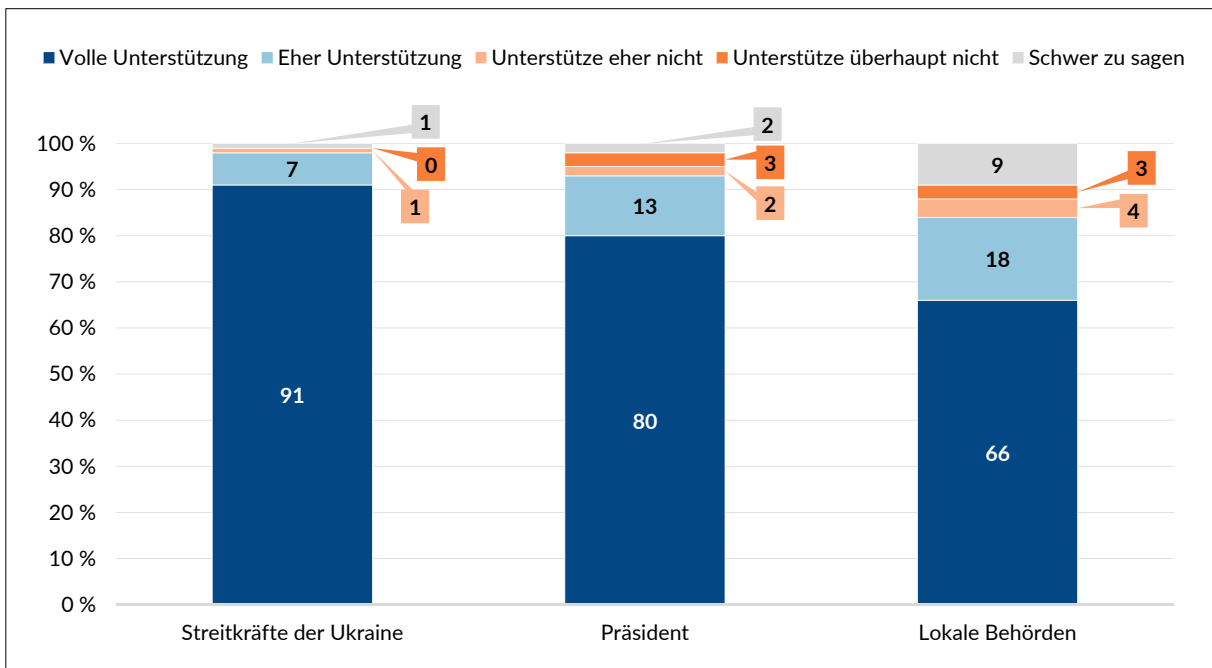
Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum Krieg

Grafik 1: Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Ukraine einen russischen Angriff abwehren kann? (Januar – März 2022, %)



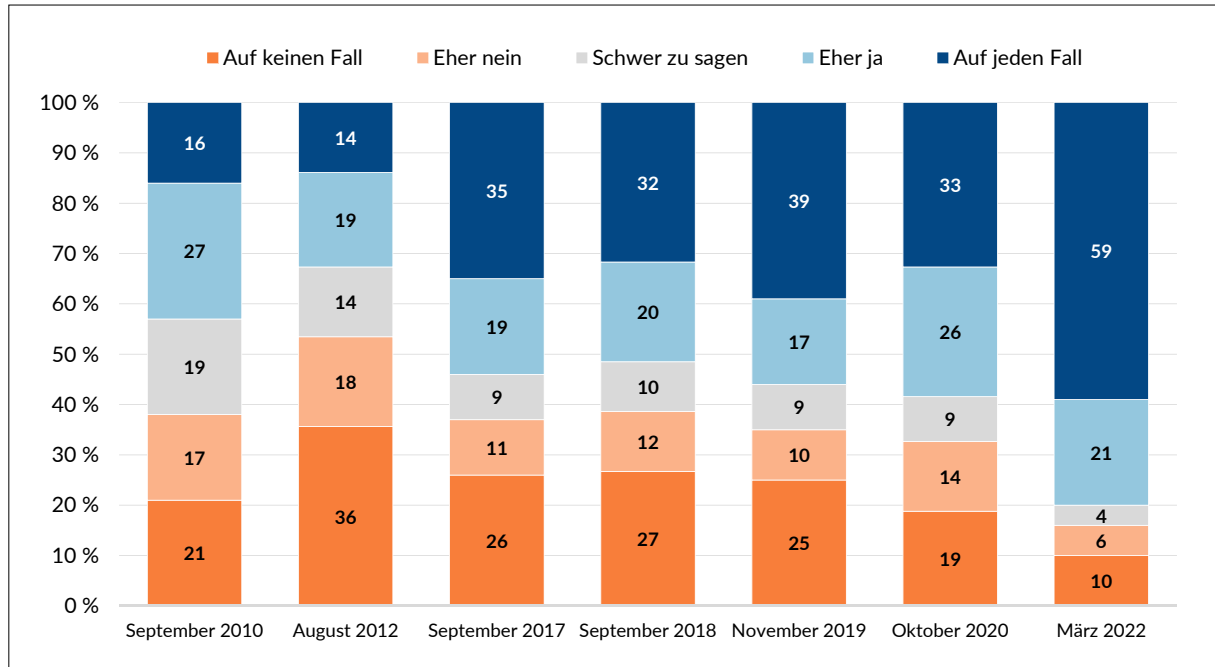
Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage, 10.03.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/ocenka_situacii_v_ukraine_8-9_marta_2022.html.

Grafik 2: Unterstützen Sie folgende Institutionen? (März 2022, %)



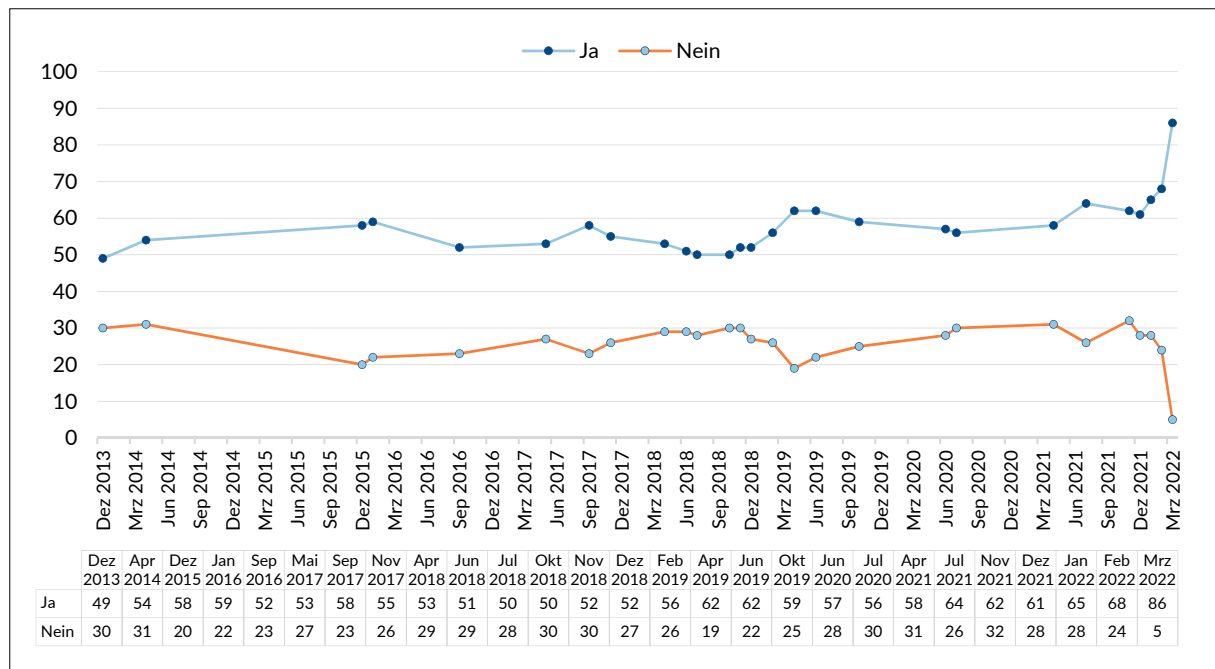
Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 01.03.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_1_marta_2022.html.

Grafik 3: Sind Sie bereit, die territoriale Integrität der Ukraine mit Waffengewalt zu verteidigen? (September 2010 – März 2022, %)

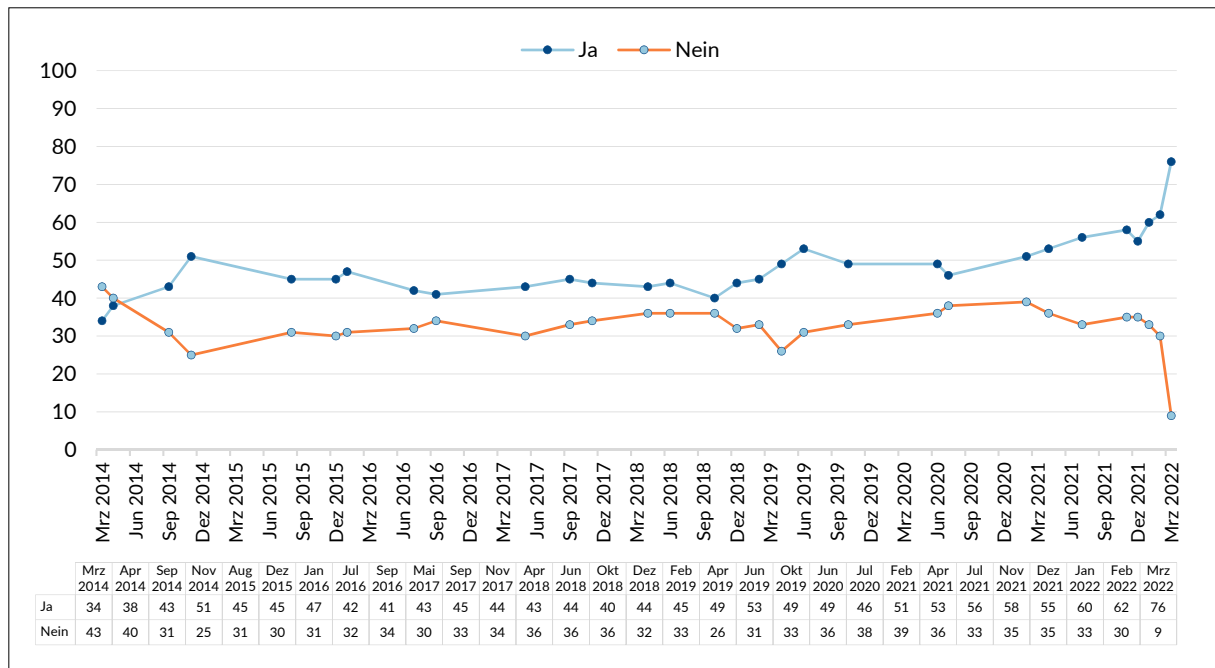


Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 01.03.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_1_marta_2022.html.

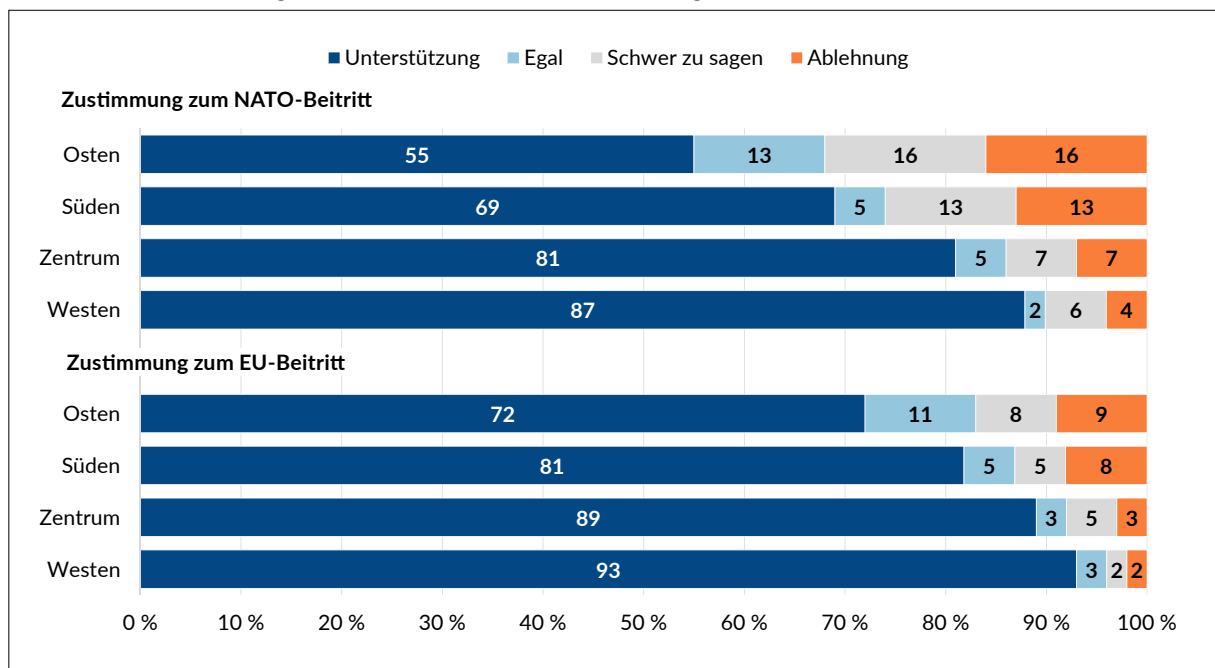
Grafik 4: Zustimmung zum EU-Beitritt (Dezember 2013 – März 2022, %)



Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 01.03.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_1_marta_2022.html.

Grafik 5: Zustimmung zum NATO-Beitritt (März 2014 – März 2022, %)


Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 01.03.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_1_marta_2022.html.

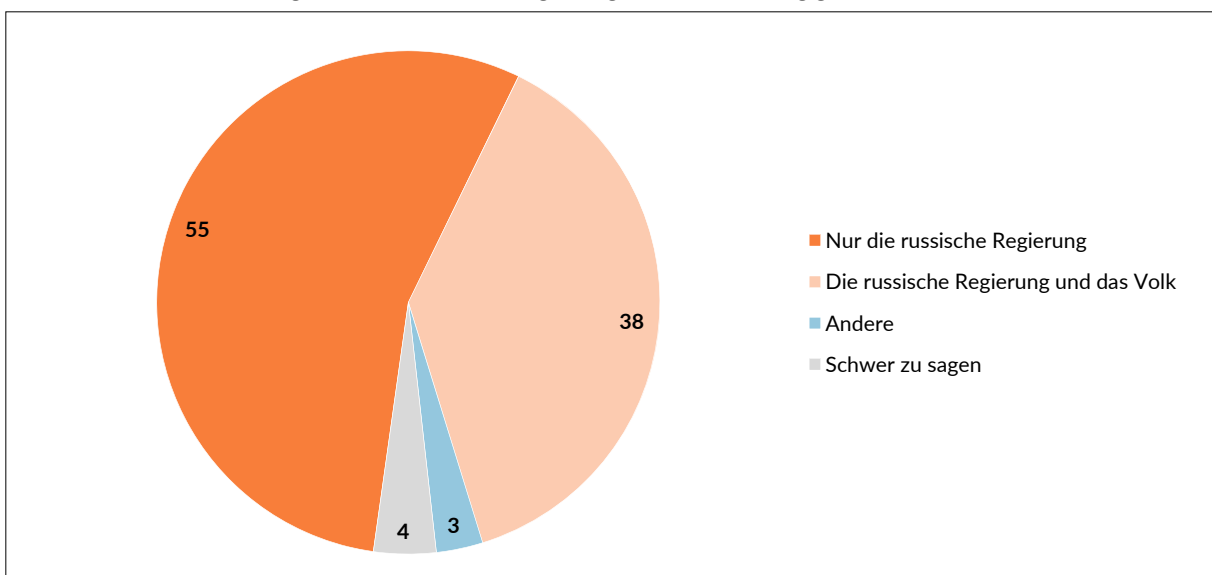
Grafik 6: Zustimmung zum EU- und NATO-Beitritt (nach Regionen*, März 2022, %)


* Auf der nächsten Seite finden Sie eine Karte der Makroregionen der Ukraine, wie sie für diese Umfrage definiert wurden.

Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 01.03.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_1_marta_2022.html.

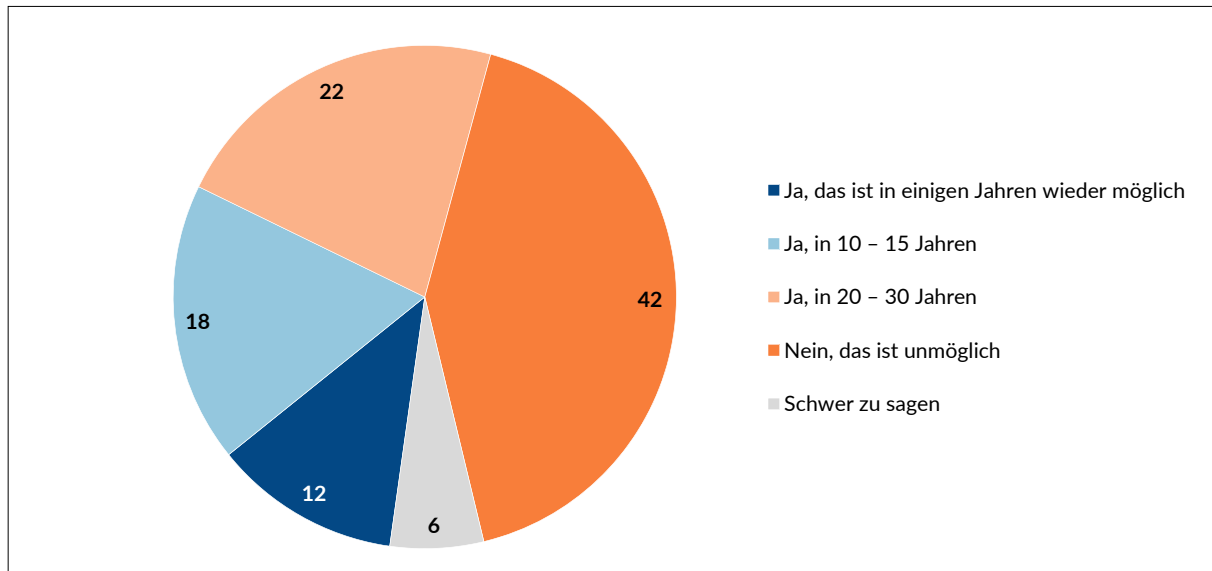
Grafik 7: Karte der Makroregionen der Ukraine zur Grafik 6 auf S. 10

Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 01.03.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_1_marta_2022.html; Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 8: Wer trägt in Russland ihrer Meinung nach die Schuld am Krieg gegen die Ukraine, die russische Staatsführung oder die russische Regierung und Bevölkerung gleichermaßen? (in %)

Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Einschätzung der Beteiligung Russlands und Belarus' am Krieg«, 01.03.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/ocenka_viny_narodov_rossii_i_belarusi_1_marta_2022.html.

Grafik 9: Halten Sie es für möglich, freundschaftliche Beziehungen zu russischen Bürger:innen nach Kriegsende wiederherzustellen?



Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage, 10.03.2022, https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/ocenka_situacii_v_ukraine_8-9_marta_2022.html.

DOKUMENTATION

Offene Briefe gegen Russlands Krieg in der Ukraine

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurden zahlreiche offene Briefe veröffentlicht, die das militärische russische Vorgehen gegen die Ukraine verurteilen. Auch in Russland selbst gibt es kritische Stimmen, wobei dies inzwischen mit Haftstrafen bis zu 15 Jahren geahndet werden kann, um jegliche Kritik am Vorgehen des Putin'schen Regimes im Keim zu ersticken.

Anbei veröffentlichen wir stellvertretend zwei offene Briefe: Einen von russischen Wissenschaftler:innen und Wissenschaftsjournalist:innen (in deutscher Übersetzung) und einen von international führenden Forscher:innen auf dem Gebiet der Holocaust-Studien. Letztere protestieren nicht nur gegen den Krieg, sondern widerlegen vor allem das russische Narrativ, dass es in der Ukraine einen »Genozid« gebe und die Ukraine durch Russland »entnazifiziert« werden müsse.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Statement on the War in Ukraine by Scholars of Genocide, Nazism and World War II, 27.02.2022

As we write this, the horror of war is unfolding in Ukraine. The last time Kyiv was under heavy artillery fire and saw tanks in its streets was during World War II. If anyone should know it, it's Vladimir Putin, who is obsessed with the history of that war.

Russian propaganda has painted the Ukrainian state as Nazi and fascist ever since Russian special forces first entered Ukraine in 2014, annexing the Crimea and fomenting the conflict in the Donbas, which has smoldered for eight long years.

It was propaganda in 2014. It remains propaganda today.

This is why we came together: to protest the use of this false and destructive narrative. Among those who have signed the statement below are some of the most accomplished and celebrated scholars of World War II, Nazism, genocide and the Holocaust. If you are a scholar of this history, please consider adding your name to the list. If you are a journalist, you now have a list of experts you can turn to in order to help your readers better understand Russia's war against Ukraine.

And if you are a consumer of the news, please share the message of this letter widely. There is no Nazi government for Moscow to root out in Kyiv. There has been no genocide of the Russian people in Ukraine. And Russian troops are not on a liberation mission. After the bloody 20th century, we should all have built enough discernment to know that war is not peace, slavery is not freedom, and ignorance offers strength only to autocratic megalomaniacs who seek to exploit it for their personal agendas.

Since February 24, 2022, the armed forces of the Russian Federation have been engaged in an unprovoked military aggression against Ukraine. The attack is a continuation of Russia's annexation of the Crimean peninsula in 2014 and its heavy involvement in the armed conflict in the Donbas region.

The Russian attack came in the wake of accusations by the Russian president Vladimir Putin of crimes against humanity and genocide, allegedly committed by the Ukrainian government in the Donbas. Russian propaganda regularly presents the elected leaders of Ukraine as Nazis and fascists oppressing the local ethnic Russian population, which it claims needs to be liberated. President Putin stated that one of the goals of his "special military operation" against Ukraine is the "denazification" of the country.

We are scholars of genocide, the Holocaust, and World War II. We spend our careers studying fascism and Nazism, and commemorating their victims. Many of us are actively engaged in combating contemporary heirs to these evil regimes and those who attempt to deny or cast a veil over their crimes.

We strongly reject the Russian government's cynical abuse of the term genocide, the memory of World War II and the Holocaust, and the equation of the Ukrainian state with the Nazi regime to justify its unprovoked aggression. This rhetoric is factually wrong, morally repugnant and deeply offensive to the memory of millions of victims of Nazism and those who courageously fought against it, including Russian and Ukrainian soldiers of the Red Army.

We do not idealize the Ukrainian state and society. Like any other country, it has right-wing extremists and violent xenophobic groups. Ukraine also ought to better confront the darker chapters of its painful and complicated history. Yet none of this justifies the Russian aggression and the gross mischaracterization of Ukraine. At this fateful moment we stand united with free, independent and democratic Ukraine and strongly reject the Russian government's misuse of the history of World War II to justify its own violence.

Eugene Finkel (Johns Hopkins University), Izabella Tabarovsky (Washington D.C.), Aliza Luft (University of California-Los Angeles), Teresa Walch (University of North Carolina at Greensboro), Jared McBride (University of California-Los Angeles), Elissa Bemporad (Queens College and CUNY Graduate Center), Andrea Ruggeri (University of Oxford), Steven Seegel (University of Texas at Austin), Jeffrey Kopstein (University of California, Irvine), Francine Hirsch (University of Wisconsin-Madison), Anna Hájková (University of Warwick), Omer Bartov (Brown University), Barbara Kirshenblatt-Gimblett (New York University and POLIN Museum of the History of Polish Jews), Christoph Dieckmann (Frankfurt am Main), Cary Nelson (University of Illinois at Urbana-Champaign), Waitman Wade Beorn (Northumbria University), Jeffrey Herf (University of Maryland), Timothy Snyder (Yale University), Jeffrey Veidlinger (University of Michigan), Hana Kubátová (Charles University), Leslie Waters (University of Texas at El Paso), Norman J.W. Goda (University of Florida), Jazmine Conteras (Goucher College), Laura J. Hilton (Muskingum University), Katarzyna Person (Jewish Historical Institute, Warsaw), Tarik Cyril Amar (Koc University), Sarah Grandke (Neuengamme Concentration Camp Memorial/denk.mal Hannoverscher Bahnhof Hamburg), Jonathan Leader Maynard (King's College London), Chad Gibbs (College of Charleston), Janine Holc (Loyola University Maryland), Erin Hochman (Southern Methodist University), Edin Hajdarpasic (Loyola University Chicago), David Hirsh (Goldsmiths, University of London), Richard Breitman (American University, Emeritus), Astrid M. Eckert (Emory University), Anna Holian (Arizona State University), Uma Kumar (University of British Columbia), Frances Tanzer (Clark University), Victoria J. Barnett (US Holocaust Memorial Museum, retired), David Seymour (City University of London), Jeff Jones (University of North Carolina at Greensboro), András Riedlmayer (Harvard University, retired), Polly Zavadivker (University of Delaware), Aviel Roshwald (Georgetown University), Anne E. Parsons (University of North Carolina at Greensboro), Carole Lemee (Bordeaux University), Scott Denham (Davidson College), Emanuela Grama (Carnegie Mellon University), Christopher R. Browning (University of North Carolina at Chapel Hill, emeritus), Katrin Paehler (Illinois State University), Raphael Utz (Deutsches Historisches Museum Berlin), Emre Sencer (Knox

College), Stefan Ihrig (University of Haifa), Jeff Rutherford (Xavier University), Jason Hall (The University of Haifa), Christian Ingrao (CNRS École des Hautes Études en Sciences Sociales, CESPRA Paris), Hannah Wilson (Nottingham Trent University), Jan Lanicek (University of New South Wales), Edward B. Westermann (Texas A&M University-San Antonio), Maris Rowe-McCulloch (University of Regina), Joanna B. Michlic (University College London), Raul Carstocea (Maynooth University), Dieter Steinert (University of Wolverhampton), Christina Morina (Universität Bielefeld), Abbey Steele (University of Amsterdam), Erika Hughes (University of Portsmouth), Lukasz Krzyzanowski (University of Warsaw), Agnieszka Wiercholska (German Historical Institute, Paris), Martin Cüppers (University of Stuttgart), Matthew Kupfer (Organized Crime and Corruption Reporting Project), Martin Kragh (Uppsala University), Umit Kurt (Van Leer Institute Jerusalem), Meron Mendel (Frankfurt University of Applied Science, Anne Frank Center Frankfurt), Nazan Maksudyan (FU Berlin / Centre Marc Bloch), Emanuel-Marius Grec (University of Heidelberg), Khatchig Mouradian (Columbia University), Jan Zbigniew Grabowski (University of Ottawa), Dirk Moses (University of North Carolina, Chapel Hill), Amos Goldberg (Hebrew University of Jerusalem), Amber N. Nickell (Fort Hays State University), Tatjana Tönsmeier (Wuppertal University), Thomas Kühne (Clark University), Thomas Pegelow Kaplan (Appalachian State University), Amos Morris-Reich (Tel Aviv University), Volha Charnysh (Massachusetts Institute of Technology), Stefan Cristian Ionescu (Northwestern University), Donatello Aramini (Sapienza University Rome), Ofer Ashkenazi (The Hebrew University of Jerusalem), Roland Clark (University of Liverpool), Mirjam Zadoff (University of Munich & Munich Documentation Centre for the History of National Socialism), John Barruzza (Syracuse University), Cristina A. Bejan (Metropolitan State University of Denver), Isabel Sawkins (University of Exeter), Benjamin Nathans (University of Pennsylvania), Norbert Frei (University of Jena), Stéfanie Prezioso (Université de Lausanne), Olindo De Napoli (Università degli Studi di Napoli Federico II), Eli Nathans (Western University), Eugenia Mihalcea (University of Haifa), Rebekah Klein-Pejšová (Purdue University), Sergei I. Zhuk (Ball State University), Paola S. Salvatori (Scuola Normale Superiore di Pisa – Università degli Studi Roma Tre), Antonio Ferrara (Independent Scholar), Verena Meier (Forschungsstelle Antiziganismus, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg), Frédéric Bonnesoeur (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin), Sara Halpern (St. Olaf College), Irina Nastasa-Matei (University of Bucharest), Michal Aharoni (University of Haifa), Michele Sarfatti (Fondazione CDEC Milano), Frank Schumacher (The University of Western Ontario), Thomas Weber (University of Aberdeen), Elizabeth Drummond (Loyola Marymount University), Jennifer Evans (Carleton University), Sayantani Jana (University of Southern California), Gavriel D. Rosenfeld (Fairfield University), Snježana Koren (University of Zagreb), Brunello Mantelli (University of Turin and University of Calabria), Carl Müller-Crepon (University of Oxford), Grzegorz Rossolinski-Liebe (Freie Universität Berlin), Amy Sjoquist (Northwest University), Sebastian Vîrtosu (Universitatea Națională de Arte “G. Enescu”), Stanislao G. Pugliese (Hofstra University), Ronald Grigor Suny (University of Michigan), Antoinette Saxer (University of York), Alon Confino (University of Massachusetts, Amherst), Corry Gutstadt (University of Hamburg), Vadim Altskan (US Holocaust Memorial Museum), Evan B. Bukey (University of Arkansas), Elliot Y Neaman (University of San Francisco), Rebecca Wittmann (University of Toronto Mississauga), Benjamin Rifkin (Hofstra University), Vladimir Tismaneanu (University of Maryland), Walter Reich (George Washington University), Jay Geller (Case Western Reserve University), Atina Grossmann (Cooper Union), Francesco Zavatti (Södertörn University), Eliyana R. Adler (The Pennsylvania State University), Laura María Niewöhner (Bielefeld University), Elena Amaya (University of California-Berkeley), Markus Roth (Fritz Bauer Institut Frankfurt), Brandon Bloch (University of Wisconsin-Madison), Monica Osborne (The Jewish Journal), Benjamin Hett (Hunter College and the Graduate Center, CUNY), Volker Weiß (Independent Scholar), Manuela Consonni (The Hebrew University of Jerusalem), Svetlana Suveica (University of Regensburg), Todd Heidt (Knox College), Volha Bartash (University of Regensburg), Jakub Drábik (Slovak Academy of Sciences), David Hamann (Freie Universität Berlin), Matthew Kott (Uppsala University), Piotr H. Kosicki (University of Maryland, College Park), Ole Frahm (Independent Scholar), Carlo Gentile (University of Cologne), Mihaela Serban (Ramapo College of New Jersey), Tobias Ebbrecht-Hartmann (The Hebrew University of Jerusalem), Doina Anca Cretu (Masaryk Institute and Archives of the Czech Academy of Sciences), Peter Gross (The University of Tennessee), Anna Ullrich (Leibniz Institute for Contemporary History, Munich), Benjamin Grilj (Institut für Jüdische Geschichte Österreichs), Harry C. Merritt (Amherst College), Richard Steigmann-Gall (Kent State University), Mats Deland (Mid Sweden University, Sundsvall), Judith Vöcker (University of Leicester), Florian Kühner-Wielach (IKGS at LMU München), Hikmet Karcic (University of Sarajevo), Susan Rubin Suleiman (Harvard University), Mikko Ketola (University of Helsinki), Gerald J. Steinacher (University of Nebraska-Lincoln), Charlotte Schallié (University of Victoria), Peter Davies (University of Edinburgh), Laurien Vastenhout (NIOD Institute for War, Holocaust and Genocide Studies, Amsterdam), Dave Rich (Birkbeck, University of London), Magdalena Marsovszky (Independent Scholar), Susanne Heim (Freie Universität Berlin), Sarah Rembiszewski (Tel Aviv University), Giovanna D’Amico (Università degli Studi di Messina), Susanne Urban (University of

Marburg), Anika Walke (Washington University in St. Louis), Martin Clemens Winter (Leipzig University), Alexander Korb (University of Leicester), Tobias Freimüller (Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main), Polina Sparks (Manchester), Jonathan Skolnik (University of Massachusetts Amherst), Sascha Feuchert (Justus-Liebig-Universität Gießen), Henning Borggraeve (Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution), Sarah Jewett (London School of Economics and Political Science), Charlotte Kitzinger (Justus-Liebig-Universität Gießen), Natalia Aleksion (Touro College), Miriam F. Elman (Syracuse University), Bill Niven (Nottingham Trent University), Benny Morris (Ben-Gurion University, emeritus), Raisa Ostapenko (Sorbonne University), Don H. Doyle (University of South Carolina), Donna Robinson Divine (Smith College and University of Haifa), Moritz Föllmer (University of Amsterdam), Lidia Zessin-Jurek (Czech Academy of Sciences), Jayne Persian (University of Southern Queensland), Susannah Heschel (Dartmouth College), Judith Wechsler (Tufts University), Gerald Steinberg (Bar Ilan University), Yanina Di Croce (Universidad Nacional de La Plata), Jamie L. Wraight (The University of Michigan-Dearborn), Zigmantas Vitkus (University of Klaipėda), Alana Holland (American University), Kobi Kabalek (Penn State University), Anika Binsch (Justus-Liebig-Universität Gießen), Kurt Tweraser (University of Arkansas), Ilan Troen (Ben-Gurion University), Lawrence Baron (San Diego State University), Helen Epstein (Independent Scholar), Nicholas Terry (University of Exeter), Gayle Zachmann (University of Florida), Shelley Baranowski (University of Akron), Andrei S. Markovits (University of Michigan), Wolfgang Freund (Université du Luxembourg), Jeffrey Blutinger (California State University, Long Beach), Joanna Sliwa (Independent Scholar).

Quelle: *Jewish Journal*, 27.02.2022, <https://jewishjournal.com/news/worldwide/345515/statement-on-the-war-in-ukraine-by-scholars-of-genocide-nazism-and-world-war-ii/>.

Offener Brief von Wissenschaftlern und Wissenschaftsjournalisten aus Russland gegen den Angriff auf die Ukraine

Wir, russische Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten, protestieren entschlossen gegen die von den Streitkräften unseres Landes auf dem Territorium der Ukraine begonnene Militäroperation. Dieser fatale Schritt wird unendlich viele Menschen das Leben kosten und er untergräbt die Grundlagen der internationalen Sicherheitsordnung. Die Verantwortung für die Entfesselung dieses Krieges in Europa liegt allein bei Russland.

Es gibt keinerlei rationale Rechtfertigung für diesen Krieg. Der Versuch, die Situation im Donbass als Vorwand für eine Militäroperation zu nutzen, ist vollkommen unglaublich. Es ist absolut offensichtlich, dass die Ukraine keine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes darstellt. Dies ist kein gerechter Krieg, er ist eindeutig ungerechtfertigt.

Die Ukraine war und ist ein Land, das uns nahesteht. Viele von uns haben Verwandte, Freunde und wissenschaftliche Kollegen, die in der Ukraine leben. Unsere Väter, Großväter und Urgroßväter haben gemeinsam gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Die von geopolitischen Ambitionen und zusammengefantasierten historischen Weltbildern angetriebene Führung der Russländischen Föderation verrät mit diesem Krieg in zynischer Weise deren Andenken.

Wir respektieren die ukrainische Staatlichkeit, die auf demokratischen Institutionen beruht. Wir haben Verständnis für die Entscheidung unserer Nachbarn, sich nach Europa zu orientieren. Wir sind überzeugt, dass alle Probleme in den Beziehungen zwischen unseren Ländern friedlich gelöst werden können.

Indem Russland diesen Krieg begonnen hat, hat es sich international isoliert, Russland ist seit heute ein Paria-Staat. Das bedeutet, dass wir Wissenschaftler unsere Arbeit nicht mehr wie gewohnt fortführen können, denn wissenschaftliche Forschung ist ohne die umfassende Zusammenarbeit mit Kollegen aus anderen Ländern undenkbar. Die Abschottung Russlands von der Welt führt dazu, dass unser Land einen weiteren kulturellen und technologischen Niedergang erleben wird, ohne Aussicht auf einen Ausweg. Der Krieg gegen die Ukraine ist ein Schritt in den Abgrund.

Es ist sehr bitter, dass wir erkennen müssen, dass unser Land, das entscheidend zum Sieg über den Nationalsozialismus beigetragen hat, heute einen neuen Krieg auf dem europäischen Kontinent provoziert. Wir fordern ein sofortiges Ende aller gegen die Ukraine gerichteten Militäroperationen. Wir fordern die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des ukrainischen Staates. Wir fordern Frieden für unsere Länder. Lasst uns Wissenschaft betreiben, nicht Krieg.

642 Unterschriften, Stand: 25.02.2022, 16:05 (MEZ)

Quelle: *Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde*, https://dgo-online.org/site-dgo/assets/files/17224/erklarung_russ_wissenschaftler_krieg_gegen_ukraine_de_220225.pdf

Internationale Hilfen für die Ukraine

Tabelle 1: Internationale Hilfen im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine (Dezember 2021 – März 2022)

Datum	Staat/Organisation	Art der Hilfe
28.12.2021	USA	Hilfe in Höhe von 20 Mio. Dollar (18 Mio. Euro) zur Verstärkung der Grenze zu Russland und Belarus.
17.01.2022	UK	Militärische Hilfe in der Form von mindestens 2000 NLAW Panzerabwehrwaffen, sowie Schutzwesten, Helme und Kampfstiefeln. Lieferungen in die Ukraine erfolgen ab dem 19.01.2022.
19.01.2022	USA	Militärische Hilfe in Höhe von 200 Mio. Dollar (179 Mio. Euro). Beinhaltet Waffenlieferungen, u. a. inklusive Panzerabwehrsystemen, Granatwerfern, Munition und nicht-tödlicher Militärausrüstung. Bereits Ende Dezember von der US-Regierung beschlossen, jedoch zuvor nicht bekannt gegeben. Die Lieferung erfolgt im Januar und Februar durch (mindestens) 17 Flugzeuglieferungen in einem Umfang von über 1.500 Tonnen an Gütern. Es handelt sich bei dieser militärischen Hilfe um eine zusätzliche Unterstützung zu den bereits im regulären Verteidigungshaushalt vorgesehenen 300 Mio. Dollar an militärischer Hilfe für die Ukraine. Der US-Verteidigungshaushalt wurde am 27.12.2021 von Präsident Biden unterzeichnet.
21.01.2022	Kanada	Finanzielle Hilfe in der Form eines Darlehens in Höhe von 120 Mio. kanadischen Dollar (84 Mio. Euro).
26.01.2022	Kanada	Militärische Hilfe in der Form der Bereitstellung nicht-tödlicher militärischer Ausrüstung, u. a. inklusive Schutzausrüstung, Überwachungs- und Detektionsgeräten.
26.01.2022	Kanada	Entwicklungs- & humanitäre Hilfe in Höhe von 50 Mio. kanadischen Dollar (35,7 Mio. Euro).
26.01.2022	Tschechien	Militärische Hilfe in der Form der Lieferung von 4006 Artilleriegranaten. Der Wert beträgt 1,5 Mio. Euro.
26.01.2022	Deutschland	Militärische Hilfe in der Form von 5000 Kampfhelmen. Am 26.02.2022 in der Ukraine eingetroffen.
01.02.2022	UK	Finanzielle Hilfe in der Form eines Darlehens in Höhe von 120 Mio. Pfund (107 Mio. Euro). Finanziert aus dem britischen "Good Governance Fund", der dazu dienen soll, in der Ukraine und in anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern Stabilität aufzubauen, die Armut zu verringern und den Wohlstand zu steigern.
02.02.2022	Polen	Militärische Hilfe in der Form tragbarer Luftabwehrraketensysteme der Art PPZR Piorun.
13.02.2022	Litauen	Militärische Hilfe in der Form der Lieferung von Stinger Luftabwehrraketen. Bereits am 10.02.2022 von der litauischen Premierministerin Šimonytė bei einem Besuch in Kyjiw angekündigt.
14.02.2022	Kanada	Finanzielle Hilfe in der Form eines Darlehens in Höhe von 500 Mio. kanadischen Dollar (350 Mio. Euro).
14.02.2022	Kanada	Militärische Hilfe im Wert von 7,8 Mio. kanadischen Dollar (5,4 Mio. Euro) an Waffen und Munition. Am 19.02.2022 in der Ukraine eingetroffen.
14.02.2022	USA	Finanzielle Hilfe in der Form eines Staatskredits. Die Höhe kann bis zu 1 Mrd. Dollar (890 Mio. Euro) betragen. Mit diesem Schritt sollen die ukrainischen Finanzen gestärkt werden, da das Vertrauen der Investoren angesichts der Gefahr eines groß angelegten russischen Angriffs schwindet.
14.02.2022	Deutschland	Finanzielle Hilfe in der Form eines Darlehens in Höhe von 150 Mio. Euro. Von Bundeskanzler Scholz bei einem Besuch in Kyjiw angekündigt.
15.02.2022	Japan	Finanzielle Hilfe in der Form eines Darlehens in Höhe von 100 Mio. Dollar (89 Mio. Euro).
18.02.2022	Estland	Militärische Hilfe durch die Zustellung von Javelin Panzerabwehrraketen. Bereits am 21.01.2022 von der estnischen Regierung beschlossen.
18.02.2022	Niederlande	Militärische Hilfe in der Form von 3.000 Kampfhelmen, 2.000 Splitterschutzwesten, 30 Minendetektoren, 100 Scharfschützengewehre und 30.000 Schuss Munition. Zum Zeitpunkt des Verfassens der Chronik noch nicht in der Ukraine eingetroffen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Internationale Hilfen im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine (Dezember 2021 – März 2022) (Fortsetzung)

Datum	Staat/Organisation	Art der Hilfe
21.02.2022	Europäische Union	Makrofinanzielle Soforthilfe in Höhe von 1,2 Mrd. Euro. Am 21.02.2022 von dem Rat der Europäischen Union angenommen, 21 Tage zuvor von der Europäischen Kommission vorgeschlagen. Im Zeitraum März–April sollen bereits 600 Mio. Euro an die Ukraine bereitgestellt werden, die zweite Hälfte folgt zu einem späteren Zeitpunkt und ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft
23.02.2022	UK	Finanzielle Hilfe in der Form von Darlehensgarantien in Höhe von 500 Mio. Pfund (446 Mio. Euro).
23.02.2022	Lettland	Militärische Hilfe in der Form der Lieferung von Stinger Luftabwehrraketen. Bereits am 21.01.2022 von lettischem Verteidigungsminister Pabriks angekündigt.
24.02.2022	Polen	Finanzielle Hilfe in der Form eines Zloty-Hryvnia Devisentausches im Wert von 4 Mio. Zloty (847 Mio. Euro).
25.02.2022	Frankreich	Militärische Hilfe im Wert von 300 Mio. Euro an militärischer Ausrüstung.
25.02.2022	Estland	Militärische Hilfe in der Form von Verpflegungspaketen, medizinischer Ausrüstung, Munition, zusätzlichen Javelin Panzerabwehrraketen und Luftabwehrmunition.
26.02.2022	USA	Militärische Hilfe in der Form von Waffenlieferung, die u. a. Panzerabwehrsystemen Handfeuerwaffen, Schutzwesten, Flugabwehrsystemen und Munition beinhalten sollen. Der Wert soll zunächst 350 Mio. Dollar (312 Mio. Euro) betragen, kann aber auf 600 Mio. Dollar (535 Mio. Euro) gesteigert werden.
26.02.2022	Deutschland	Militärische Hilfe in der Form von 1.000 Panzerabwehrwaffen und 500 FIM-92 Stinger Luftabwehrraketen.
26.02.2022	Belgien	Militärische Hilfe in der Form von 2.000 Maschinengewehren und 3800 Tonnen Heizöl.
26.02.2022	Niederlande	Militärische Hilfe in der Form von 400 Panzerfäusten und 200 Stinger Luftabwehrraketen.
26.02.2022	Estland	Militärische Hilfe in der Form von 9 alten DDR-Haubitzen. Ausfuhr aus Estland zuvor von Deutschland blockiert.
26.02.2022	Tschechien	Militärische Hilfe in der Form von 30.000 Kleinwaffen, 7.000 Sturmgewehre, 3.000 Maschinengewehre, einer unbestimmten Anzahl an Scharfschutzgewehren und 1 Mio. Schuss Munition. Insgesamt beträgt der Wert 7,65 Mio. Euro.
26.02.2022	Lettland	Militärische Hilfe in der Form von Helmen und Trockennahrung.
26.02.2022	Lettland	Humanitäre Hilfe in der Form von medizinischen Geräten und Medikamenten.
26.02.2022	Portugal	Militärische Hilfe in der Form von Nachtsichtgeräten, Schutzwesten, Helmen, Granaten, Munition und G3 Sturmgewehren.
26.02.2022	Slowakei	486 Flugabwehrraketen, Panzerabwehrrakete, 100 Starter für Flugabwehrraketen
27.02.2022	USA	Humanitäre Hilfe in Höhe von 54 Mio. Dollar (48 Mio. Euro).
27.02.2022	Schweden	Militärische Hilfe in der Form von 135.000 Verpflegungspaketen, 5.000 Helmen, 5.000 Schutzwesten und 5.000 Panzerabwehrsystemen.
27.02.2022	Kanada	Militärische Hilfe in der Form von Helmen, Schutzwesten, Gasmasken und Nachtsichtgeräten. Der Wert beträgt insgesamt 25 Mio. kanadische Dollar (17,5 Mio. Euro).
27.02.2022	UK	Humanitäre Hilfe in Höhe 40 Mio. Pfund (47 Mio. Euro).
27.02.2022	Europäische Union	Militärische Hilfe im Wert von insgesamt 500 Mio. Euro. Davon sind 450 Mio. Euro für Waffenlieferungen vorgesehen, 50 Mio. Euro für die sonstige Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte. Die Finanzierung erfolgt aus der Europäischen Friedensfazilität.
27.02.2022	Dänemark	Militärische Hilfe in der Form von 2700 Panzerabwehrraketen. Humanitäre Hilfe in Höhe von 50 Mio. Kronen (6,7 Mio. Euro), ein mobiles Krankenhaus und Erste Hilfe Ausrüstung
27.02.2022	Italien	Finanzielle Soforthilfe in Höhe von 110 Mio. Euro.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Internationale Hilfen im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine (Dezember 2021 – März 2022) (Fortsetzung)

Datum	Staat/Organisation	Art der Hilfe
27.02.2022	Israel	Humanitäre Hilfe in der Form von 100 Tonnen an Hilfsgütern, inklusive Decken, medizinischer Ausrüstung und Wasserreinigungssets.
27.02.2022	Griechenland	Militärische Hilfe in der Form von Trägerraketen, Sturmgewehren und Sprengstoff. Hinzu kommt humanitäre Hilfe, bspw. in der Form von Decken und Essen.
27.02.2022	Japan	Humanitäre Nothilfe in Höhe von 100 Mio. Dollar (89 Mio. Euro). Zusätzlich zu den bereits 100 Mio. Dollar an finanzieller Hilfe.
27.02.2022	Rumänien	Militärische Hilfe in der Form von Kraftstoff und militärischer Ausrüstung, bspw. inklusive Munition, Schutzwesten und Helmen. Der Wert beträgt insgesamt 3 Mio. Euro.
27.02.2022	Spanien	Militärische Hilfe in der Form von 20 Tonnen an medizinischer und militärischer Ausrüstung.
27.02.2022	Belgien	Militärische Hilfe in Form von 3.000 Maschinengewehren und 200 Panzerabwehrwaffen
27.02.2022	Tschechien	Militärische Hilfe in Höhe von 400 Mio. Kronen (15,8 Mio. Euro)
27.02.2022	Slowakei	Militärische Hilfe in Form von Treibstoff und Munition
27.02.2022	Schweden	Humanitäre Hilfe in Höhe von 500 Mio. Schwedischer Kronen (46,7 Mio. Euro)
27.02.2022	Schweden	Humanitäre Hilfe in Höhe von 100 Mio. Schwedischer Kronen (9,34 Mio. Euro) an das Rote Kreuz, UNHCR und eine weitere Organisation für Hilfe in der Ukraine
28.02.2022	Finnland	Militärische Hilfe in der Form von 1.500 Raketenwerfern, 2.500 Sturmgewehren, 150.000 Stück Munition und 70.000 Feldrationen und medizinischer Ausrüstung.
28.02.2022	Norwegen	Militärische und humanitäre Hilfe in Höhe von 226 Mio. Dollar (201 Mio. Euro). Die Militärische Hilfe soll u. a. 2000 M72 Panzerabwehrsysteme, Schutzwesten und Helme beinhalten.
28.02.2022	Australien	Militärische Hilfe in Höhe von 70 Mio. australischen Dollar (45 Mio. Euro), der Großteil in Form von Waffen und Munition.
28.02.2022	Kroatien	Militärische Hilfe in Höhe von 124 Mio. Kuna (16 Mio. Euro) in Form von militärischer Ausrüstung.
28.02.2022	Österreich	Humanitäre und militärische Hilfe in Höhe von 15 Mio. Euro. Beinhaltet u. a. Helme, Schutzwesten und 100.000 Liter Kraftstoff.
28.02.2022	Indien	Humanitäre Hilfe u. a. in der Form von Medikamenten.
28.02.2022	Dänemark	Humanitäre Hilfe in Höhe von 150 Mio. Kronen (20 Mio. Euro) zusätzlich.
28.02.2022	Luxemburg	Militärische Hilfe in Form von 100 NLAW Panzerabwehrwaffen, Fahrzeugen und Zelten.
28.02.2022	Neuseeland	Humanitäre Hilfe in Höhe von 2 Mio. NZ-Dollar (1,24 Mio. Euro).
28.02.2022	Südkorea	Humanitäre Hilfe in Höhe von 10 Mio. Dollar (9,1 Mio. Euro).
01.03.2022	Slowenien	Militärische Hilfe in Form von Helmen, Gewehren und sonstiger militärischer Ausrüstung.
01.03.2022	Taiwan (Republik China)	Humanitäre Hilfe in Form von 27 Tonnen an medizinischer Ausrüstung.
01.03.2022	UK	Humanitäre Hilfe in Höhe von 80 Mio. Pfund (96 Mil. Euro).
01.03.2022	Kanada	Humanitäre Hilfe in Höhe von 100 Mio. kanadischen Dollar (71 Mio. Euro), zusätzlich zu bereits vorher geleisteten Zahlungen.
01.03.2022	Frankreich	Finanzielle Hilfe in Höhe von 100 Mio. Euro. Humanitäre Hilfe in Form von 33 Tonnen zur Versorgung von Flüchtenden (Decken, Zelte, etc.) und 8 Tonnen medizinischer Ausrüstung.
01.03.2022	Schweiz	Humanitäre Hilfe in Höhe von 8 Million Schweizer Franken (7,82 Mio. Euro) für mehrere Hilfslieferungen mit medizinischem und anderem humanitären Material.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Internationale Hilfen im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine (Dezember 2021 – März 2022) (Fortsetzung)

Datum	Staat/Organisation	Art der Hilfe
02.03.2022	Lettland	Militärische Hilfe in Form von 90 Drohnen für das ukrainische Militär.
02.03.2022	Spanien	Militärische Hilfe in Form von 1.370 Panzerabwehrwaffen, 700.000 Schuss Munition, Maschinengewehren.
02.03.2022	Türkei	Militärische Hilfe in Form von türkischen Bayraktar Drohnen.
03.03.2022	Slowakei	Militärische Hilfe in Höhe von 32,2 Mio. Euro.
04.03.2022	Japan	Militärische Hilfe in Form von schuss sicheren Westen und anderer militärischer Ausrüstung, jedoch keine Waffen.
05.03.2022	Europäische Union	Humanitäre Hilfe in Höhe von 500 Mio. Euro für Flüchtende aus der Ukraine.
05.03.2022	USA	Humanitäre Hilfe in Höhe von 2,75 Mrd. Dollar (2,5 Mrd. Euro) für ukrainische und polnische Hilfsorganisationen.
07.03.2022	Weltbank	Humanitäre Hilfe in Höhe von 723 Mio. Dollar (660 Mio. Euro).
07.03.2022	UK	Finanzielle Hilfe in Höhe von 175 Mio. Pfund (210 Mio. Euro). Davon 100 Mio. Pfund humanitäre Hilfe und 75 Mio. Pfund als Finanzspritze für ukrainische Wirtschaft.
07.03.2022	Deutschland	Finanzielle Hilfe im Rahmen eines Soforthilfeprogramms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Höhe von 38,5 Mio. Euro. Ein erstes Teilpaket von 4,5 Mio. Euro wird für den Katastrophenschutz verwendet.
09.03.2022	Internationaler Währungsfonds (IWF)	Humanitäre und wirtschaftliche Hilfe in Höhe von 1,4 Mrd. Dollar (1,27 Mrd. Euro) im Rahmen des Rapid Financing Instrument.
09.03.2022	USA	Finanzielle Hilfe in Höhe von 13,6 Mrd. Dollar (12,3 Mrd. Euro) für humanitäre, militärische und wirtschaftliche Unterstützung. Nach dem ersten Vorschlag von Präsident Biden über 10 Mrd. Dollar erst auf 12, dann auf 14 Mrd. Dollar aufgestockt worden.
09.03.2022	Frankreich	Humanitäre Hilfe in Höhe von 100 Mio. Euro für die Ukraine und angrenzende Staaten, die durch die humanitäre Krise betroffen sind.
09.03.2022	China	Humanitäre Hilfe in Höhe von 5 Mio. Yuan (716.000 Euro).

Zusammengestellt von Isaac Holmb und Olivia Faust.

Diplomatische Gespräche im Vorfeld des Krieges

Tabelle 1: Liste der hochrangigen internationalen Gespräche und Treffen mit Russland und/oder Ukraine seit dem 01.12.2021

Datum	Beteiligte	Format	Ort	Länder
01.12.2021	Kuleba – Liimets	bilateral	Riga	Ukraine, Estland
01.12.2021	Kuleba – Außenminister der NATO (Nordatlantikpakt-Organisation)	NATO	Riga	Ukraine, NATO
01.12.2021	Kuleba – Knapen	bilateral	Riga	Ukraine, Niederlande
01.12.2021	Kuleba – Truss	bilateral	Riga	Ukraine, Vereinigtes Königreich
02.12.2021	Außenminister aller Staaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	28. OSZE-Ministerrat	Stockholm	Mitglieder der OSZE
02.12.2021	Lawrow – Linhart	bilateral	Stockholm	Russland, Österreich
02.12.2021	Lawrow – Albares	bilateral	Stockholm	Russland, Spanien

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Liste der hochrangigen internationalen Gespräche und Treffen mit Russland und/oder Ukraine seit dem 01.12.2021 (Fortsetzung)

Datum	Beteiligte	Format	Ort	Länder
02.12.2021	Lawrow – Blinken	Ukraine, Tschechien, Österreich, Slowakei	Stockholm	Russland, USA
02.12.2021	Lawrow – Truss	bilateral	Stockholm	Russland, Vereinigtes Königreich
02.12.2021	Kuleba – Blinken	bilateral	Stockholm	Ukraine, USA
06.12.2021	Selenskyj – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
07.12.2021	Putin – Biden	bilateral	Video-konferenz	Russland, USA
08.12.2021	Putin – Mitsotakis	bilateral	Sotschi	Russland, Griechenland
08.12.2021	Kuleba – Truss	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
09.12.2021	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
13.12.2021	Putin – Johnson	bilateral	Telefonat	Russland, Vereinigtes Königreich
14.12.2021	Putin – Macron	bilateral	Telefonat	Russland, Frankreich
14.12.2021	Putin – Niinistö	bilateral	Telefonat	Russland, Finnland
14.12.2021	Lawrow – Baerbock	bilateral	Telefonat	Ukraine, Deutschland
15.12.2021	Führungsspitzen der Europäische Union, der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Länder der Östlichen Partnerschaft	Europäische Union – Gipfel der Östlichen Partnerschaft	Brüssel	Ukraine, Europäische Union
16.12.2021	Stoltenberg – Selenskyj	NATO-Ukraine	Brüssel	Ukraine, NATO
17.12.2021	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
20.12.2021	Selenskyj – Duda – Nausėda	Lublin Triangle	Iwano-Frankiwsk	Ukraine, Polen, Litauen
21.12.2021	Putin – Scholz	bilateral	Telefonat	Russland, Deutschland
21.12.2021	Putin – Macron	bilateral	Telefonat	Russland, Frankreich
21.12.2021	Resnikow – Benko	bilateral	Budapest	Ukraine, Ungarn
22.12.2021	Putin – Bettel	bilateral	Telefonat	Russland, Luxemburg
23.12.2021	Kuleba – Borell	Europäische Union-Ukraine	Telefonat	Ukraine, Europäische Union
29.12.2021	Selenskyj – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
30.12.2021	Putin – Biden	bilateral	Telefonat	Russland, USA
02.01.2022	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
04.01.2022	Kuleba – Lipavský	bilateral	Telefonat	Ukraine, Tschechien
05.01.2022	Kuleba – Borell	Europäische Union-Ukraine	Kyjiw	Ukraine, Europäische Union
06.01.2022	Shmyhal – Borell	Europäische Union-Ukraine	Kyjiw	Ukraine, Europäische Union
06.01.2022	Lawrow – Çavuşoğlu	bilateral	Telefonat	Russland, Türkei
06.01.2022	Schojgu – Austin	bilateral	Telefonat	Russland, USA
07.01.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
10.01.2022	Ryabkow – Sherman	bilateral	Genf	Russland, USA
11.01.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
12.01.2022	Stoltenberg, Fomin, Gruschko, NATO Mitglieder	NATO-Russland-Rat	Brüssel	Russland, NATO

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Liste der hochrangigen internationalen Gespräche und Treffen mit Russland und/oder Ukraine seit dem 01.12.2021 (Fortsetzung)

Datum	Beteiligte	Format	Ort	Länder
12.01.2022	Lawrow – Dendias	bilateral	Telefonat	Russland, Griechenland
13.01.2022	Lukaschewitsch – Carpenter	OSZE Sitzung	Wien	Mitglieder der OSZE
13.01.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
13.01.2022	Resnikow – Austin	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
17.01.2022	Kuleba – Baerbock	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Deutschland
17.01.2022	Lawrow – Grlić Radman	bilateral	Moskau	Russland, Kroatien
18.01.2022	Lawrow – Baerbock	bilateral	Moskau	Russland, Deutschland
18.01.2022	Lawrow – Blinken	bilateral	Telefonat	Russland, USA
18.01.2022	Selenskyj, Shmyhal, Kuleba, Jermak – Joly	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Kanada
19.01.2022	Selenskyj – Blinken	bilateral	Kyjiw	Ukraine, USA
19.01.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Kyjiw	Ukraine, USA
20.01.2022	Selenskyj – Duda	bilateral	Wista	Ukraine, Polen
21.01.2022	Putin – Niinistö	bilateral	Telefonat	Russland, Finnland
21.01.2022	Lawrow – Blinken	bilateral	Genf	Russland, USA
21.01.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
26.01.2022	BeraterEbene (Jermak, Kosak)	Normandie	Paris	Russland, Ukraine, Frankreich, Deutschland
27.01.2022	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
27.01.2022	Kuleba – Kofod	bilateral	Kopenhagen	Ukraine, Dänemark
28.01.2022	Lawrow – Baerbock	bilateral	Telefonat	Russland, Deutschland
30.01.2022	Resnikow – Anand	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Kanada
31.01.2022	Kuleba – Linde	bilateral	Telefonat	Ukraine, Schweden
31.01.2022	Ständige Vertretung bei den VN der UNSC-Länder, Ukraine	Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen	New York	Ukraine, Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
01.02.2022	Putin – Orban	bilateral	Moskau	Russland, Ungarn
01.02.2022	Putin – Draghi	bilateral	Telefonat	Russland, Italien
01.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Vereinigtes Königreich
01.02.2022	Lawrow – Blinken	bilateral	Telefonat	Russland, USA
01.02.2022	Kuleba – Albares	bilateral	Telefonat	Ukraine, Spanien
02.02.2022	Selenskyj – Rutte	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Niederlande
02.02.2022	Putin – Johnson	bilateral	Telefonat	Russland, Vereinigtes Königreich
02.02.2022	Kuleba – Truss	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
02.02.2022	Kuleba – Hoekstra	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Niederlande
04.02.2022	Selenskyj – Erdogan	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Türkei
04.02.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
07.02.2022	Kuleba – Baerbock	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Deutschland
07.02.2022	Putin – Macron	bilateral	Moskau	Russland, Frankreich
08.02.2022	Selenskyj – Macron	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Frankreich

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Liste der hochrangigen internationalen Gespräche und Treffen mit Russland und/oder Ukraine seit dem 01.12.2021 (Fortsetzung)

Datum	Beteiligte	Format	Ort	Länder
08.02.2022	Selenskyj, Kuleba – Lipavský – Schallenberg – Korčok	Slavkov	Kyjiw	Ukraine, Tschechien, Österreich, Slowakei
09.02.2022	Kuleba – Albares	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Spanien
10.02.2022	Lawrow – Di Maio	bilateral	Telefonat	Russland, Italien
10.02.2022	Lawrow – Truss	bilateral	Moskau	Russland, Vereinigtes Königreich
10.02.2022	BeraterEbene (Jermak – Kosak – Plötnner – Bonne)	Normandie	Berlin	Russland, Ukraine, Frankreich, Deutschland
11.02.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
11.02.2022	Schojgu – Wallace	bilateral	Moskau	Russland, Vereinigtes Königreich
12.02.2022	Macron – Putin	bilateral	Telefonat	Frankreich, Russland
12.02.2022	Lawrow – Blinken	bilateral	Telefonat	Russland, USA
12.02.2022	Putin – Biden	bilateral	Telefonat	Russland, USA
12.02.2022	Schojgu – Austin	bilateral	Telefonat	Russland, USA
12.02.2022	Telefonat	bilateral	Selenskyj – Macron	Ukraine, Frankreich
13.02.2022	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
14.02.2022	Selenskyj – Scholz	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Deutschland
14.02.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
15.02.2022	Putin – Scholz	bilateral	Moskau	Russland, Deutschland
15.02.2022	Lawrow – Rau	bilateral	Moskau	Russland, Polen
15.02.2022	Lawrow – Blinken	bilateral	Telefonat	Russland, USA
15.02.2022	Resnikow – Lambrecht	bilateral	Telefonat	Ukraine, Deutschland
17.02.2022	Lawrow – Di Maio	bilateral	Moskau	Russland, Italien
17.02.2022	Blinken – Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen der Mitglieder des Sicherheitsrates und der Ukraine	Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen	New York	Ukraine, Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
17.02.2022	Kuleba – Truss	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Vereinigtes Königreich
18.02.2022	Lawrow – Dendias	bilateral	Moskau	Russland, Griechenland
18.02.2022	Schojgu – Austin	bilateral	Telefonat	Russland, USA
19.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	München	Ukraine, Vereinigtes Königreich
19.02.2022	Selenskyj – Scholz	bilateral	München	Ukraine, Deutschland
19.02.2022	Selenskyj – Harris	bilateral	München	Ukraine, USA
19.02.2022	Selenskyj – von der Leyen	Europäische Union – Ukraine	München	Ukraine, Europäische Union
19.02.2022	Selenskyj – Macron	bilateral	Telefonat	Ukraine, Frankreich
19.02.2022	Lawrow – Le Drian	bilateral	Telefonat	Russland, Frankreich
19.02.2022	Kuleba – Truss	bilateral	München	Ukraine, Vereinigtes Königreich
20.02.2022	Putin – Macron	bilateral	Telefonat	Russland, Frankreich
20.02.2022	Selenskyj – Macron	bilateral	Telefonat	Ukraine, Frankreich
20.02.2022	Kuleba – Huitfeldt	bilateral	München	Ukraine, Norwegen
20.02.2022	Kuleba – Wilmes	bilateral	München	Ukraine, Belgien

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Liste der hochrangigen internationalen Gespräche und Treffen mit Russland und/oder Ukraine seit dem 01.12.2021 (Fortsetzung)

Datum	Beteiligte	Format	Ort	Länder
21.02.2022	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
21.02.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
21.02.2022	Selenskyj – Heger	bilateral	Telefonat	Ukraine, Slowakei
21.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
21.02.2022	Putin – Macron	bilateral	Telefonat	Russland, Frankreich
21.02.2022	Lawrow – Le Drian	bilateral	Telefonat	Russland, Frankreich
21.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
21.02.2022	Putin – Scholz	bilateral	Telefonat	Russland, Deutschland
21.02.2022	Selenskyj – Michel	Europäische Union – Ukraine	Telefonat	Ukraine, Europäische Union
21.02.2022	Selenskyj – Scholz	bilateral	Telefonat	Ukraine, Deutschland
21.02.2022	Selenskyj – Macron	bilateral	Telefonat	Ukraine, Frankreich
21.02.2022	Kuleba – Borell – Außenminister der Europäischen Union-Mitgliedsstaaten	Europäische Union Rat für auswärtige Angelegenheiten	Brüssel	Ukraine, Europäische Union
21.02.2022	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen der Mitglieder des Sicherheitsrates und der Ukraine	Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Ukraine	New York	Ukraine, Mitglieder des Sicherheitsrates
21.02.2022	Vertreter der Mitgliedsstaaten der OSZE	OSZE Sondersitzung zur Ukraine	Wien	Mitglieder der OSZE
22.02.2022	Selenskyj – Karis	bilateral	Kyjiw	Ukraine, Estland
22.02.2022	Kuleba – Biden	bilateral	Washington, D.C.	Ukraine, USA
22.02.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Washington, D.C.	Ukraine, USA
22.02.2022	Kuleba – Austin	bilateral	Washington, D.C.	Ukraine, USA
22.02.2022	Selenskyj – Orban	bilateral	Telefonat	Ukraine, Ungarn
22.02.2022	Selenskyj – Erdoğan	bilateral	Telefonat	Ukraine, Türkei
22.02.2022	Kuleba – Baerbock	bilateral	Telefonat	Ukraine, Deutschland
22.02.2022	Kuleba – Albares	bilateral	Telefonat	Ukraine, Spanien
22.02.2022	Kuleba – Truss	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
22.02.2022	Kuleba – Borell	Europäische Union – Ukraine	Telefonat	Ukraine, Europäische Union
23.02.2022	Selenskyj – Duda – Nausėda	Lublin Triangle	Kyjiw	Ukraine, Polen, Litauen
23.02.2022	Selenskyj – Rutte	bilateral	Telefonat	Ukraine, Niederlande
23.02.2022	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen der Mitglieder des Sicherheitsrates und der Ukraine	UNSC Dringlichkeitssitzung zur Ukraine	New York	Ukraine, Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
24.02.2022	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
24.02.2022	Resnikow – Austin	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
24.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
24.02.2022	Selenskyj – Trudeau	bilateral	Telefonat	Ukraine, Kanada

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Liste der hochrangigen internationalen Gespräche und Treffen mit Russland und/oder Ukraine seit dem 01.12.2021 (Fortsetzung)

Datum	Beteiligte	Format	Ort	Länder
24.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
24.02.2022	Selenskyj – Macron	bilateral	Telefonat	Ukraine, Frankreich
24.02.2022	Selenskyj – Duda	bilateral	Telefonat	Ukraine, Polen
24.02.2022	Selenskyj – Scholz	bilateral	Telefonat	Ukraine, Deutschland
24.02.2022	Selenskyj – Michel	Europäische Union – Ukraine	Telefonat	Ukraine, Europäische Union
24.02.2022	Kuleba, Resnikow – Truss, Wallace	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
24.02.2022	Kuleba – Çavuşoğlu	bilateral	Telefonat	Ukraine, Türkei
24.02.2022	Kuleba – Duda	bilateral	Warschau	Ukraine, Polen
24.02.2022	Kuleba – Borell	Europäische Union – Ukraine	Telefonat	Ukraine, Europäische Union
25.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
25.02.2022	Kuleba – Blinken	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
25.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
25.02.2022	Selenskyj – Macron	bilateral	Telefonat	Ukraine, Frankreich
25.02.2022	Selenskyj – von der Leyen	bilateral	Telefonat	Ukraine, Europäische Union
25.02.2022	Selenskyj – Duda	bilateral	Telefonat	Ukraine, Polen
25.02.2022	Selenskyj – Biden	bilateral	Telefonat	Ukraine, USA
25.02.2022	Kuleba – Baerbock	bilateral	Telefonat	Ukraine, Deutschland
25.02.2022	Kuleba – Di Maio	bilateral	Telefonat	Ukraine, Italien
25.02.2022	Kuleba – Çavuşoğlu	bilateral	Telefonat	Ukraine, Türkei
25.02.2022	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen der Mitglieder des Sicherheitsrates und der Ukraine	Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Ukraine	New York	Ukraine, Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
26.02.2022	Selenskyj – Macron	bilateral	Telefonat	Ukraine, Frankreich
26.02.2022	Shymal – Trudeau – Freeland	bilateral	Telefonat	Ukraine, Kanada
26.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
26.02.2022	Selenskyj – Draghi	bilateral	Telefonat	Ukraine, Italien
26.02.2022	Selenskyj – Fiala	bilateral	Telefonat	Ukraine, Tschechien
26.02.2022	Selenskyj – von der Leyen	Europäische Union – Ukraine	Telefonat	Ukraine, Europäische Union
26.02.2022	Selenskyj – Rutte	bilateral	Telefonat	Ukraine, Niederlande
26.02.2022	Selenskyj – Erdogan	bilateral	Telefonat	Ukraine, Türkei
26.02.2022	Selenskyj – Duda	bilateral	Telefonat	Ukraine, Polen
26.02.2022	Selenskyj – Cassis	bilateral	Telefonat	Ukraine, Schweiz
26.02.2022	Selenskyj – Guterres	Vereinte Nationen – Ukraine	Telefonat	Ukraine, Vereinte Nationen
26.02.2022	Kuleba – Le Drian	bilateral	Telefonat	Ukraine, Frankreich
26.02.2022	Kuleba – Grlic Radman	bilateral	Telefonat	Ukraine, Kroatien
26.02.2022	Kuleba – Wilmes	bilateral	Telefonat	Ukraine, Belgien

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Liste der hochrangigen internationalen Gespräche und Treffen mit Russland und/oder Ukraine seit dem 01.12.2021 (Fortsetzung)

Datum	Beteiligte	Format	Ort	Länder
26.02.2022	Lawrow – Çavuşoğlu	bilateral	Telefonat	Russland, Türkei
27.02.2022	Selenskyj – Lukaschenko	bilateral	Telefonat	Ukraine, Belarus
27.02.2022	Kuleba – Blinken – Joly – Le Drian – Hayashi – Di Maio – Truss – Baerbock	G7 und Ukraine	Videokonferenz	Ukraine, USA, Kanada, Italien, Japan, Vereinigtes Königreich, Deutschland, Frankreich
27.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
27.02.2022	Selenskyj – von der Leyen	Europäische Union – Ukraine	Telefonat	Ukraine, Europäische Union
27.02.2022	Selenskyj – Duda	bilateral	Telefonat	Ukraine, Polen
27.02.2022	Selenskyj – Nauseda	bilateral	Telefonat	Ukraine, Litauen
27.02.2022	Selenskyj – de Sousa	bilateral	Telefonat	Ukraine, Portugal
28.02.2022	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen aller Mitgliedsstaaten	Dringlichkeitssitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Ukraine	New York	Mitglieder der Vereinten Nationen
28.02.2022	Resnikow – Akar	bilateral	Telefonat	Ukraine, Türkei
28.02.2022	Selenskyj – Johnson	bilateral	Telefonat	Ukraine, Vereinigtes Königreich
28.02.2022	Kuleba – Landsbergis	bilateral	Telefonat	Ukraine, Litauen
28.02.2022	Kuleba – Aureescu	bilateral	Telefonat	Ukraine, Rumänien
28.02.2022	Resnikow, Podolyak – Medinsky	bilateral	Gomel Oblast, Ukrainisch-Belarusische Grenze	Russland, Ukraine

Zusammengestellt von Isaac Holmb.

ANALYSE

Kosakenorganisationen in der heutigen Ukraine

Richard Arnold (Muskingum University, New Concord, OH)

DOI: 0.31205/UA.263.01

Zusammenfassung

In etlicher Hinsicht spiegelt die Geschichte der modernen Kosakenbewegung in der Ukraine die Geschichte der ukrainischen Unabhängigkeit wider. Dieser Artikel konzentriert sich auf die Kosakenbewegung in der Ukraine und zum Teil darauf, warum sie nicht in der gleichen Weise vereinnahmt wurde wie die Kosakenbewegung in Russland. Kosaken in der Ukraine und in Russland haben vieles gemein, z. B. gemeinsame Feiertage (etwa den 24. Januar, den Gedenktag für den Genozid an den Kosaken, oder den 14. Oktober, den Feiertag Mariä Schutz und Fürbitte), Gebräuche und sogar sprachliche Eigenheiten (einige Kosaken in Südrussland bezeichnen ihren Dialekt mit »mowa«, dem ukrainischen Wort für »Sprache«). Die Bewegungen in der Ukraine und in Russland sind zwar nicht identisch, doch verlangen die unterschiedlichen Entwicklungspfade der beiden Bewegungen nach einer Erklärung.

Einleitung

Die Kosakenorganisationen in der Ukraine lassen sich in vier Gruppen unterteilen. Es gibt die »registrierten«, die »freien«, die Saporoger und die »herkömmlichen« Kosaken. Die »registrierten« Kosaken sind jene, die dem Staat dienen wollen. Die »freien« Kosaken sind auf die Ukrainische Orthodoxe Kirche, und zwar die des Kyjiwer Patriarchats orientiert, während die Saporoger Kosaken sich an der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats orientieren. Die »herkömmlichen Kosaken« betreiben Schulen, in denen Kampf-*Hopak* gelehrt wird, ein Kampfsport, der auf traditionelle Tänze und die traditionelle Kampfweise der Kosaken zurückgeht. Ein Merkmal dieser letzten Gruppe sind ihre traditionellen Uniformen und das Fehlen militärischer Ränge. In Tabelle 1 auf S. 28 sind die Namen der wichtigsten Organisationen innerhalb der vier Kategorien und deren Atamane (Kosakenführer; ukr.: »otaman«) aufgeführt.

Stanislaw Archewitin, kosakischer General-Jessaul (General-Rittmeister) und seinerzeit Abgeordneter der Werchowna Rada, schätzte 2009, dass es 723 Kosakenorganisationen mit insgesamt 300.000 Mitgliedern gibt. Im Unterschied zu Russland ist die Kosakenbewegung in der Ukraine zwar geteilt und zersplittert, stellt aber für die ukrainischen Soldaten bei der sogenannten Operation der Vereinten Kräfte (ukr.: »Operazija Objednanych Sil«) im Donbas nach wie vor eine Quelle der Motivation dar. In diesem Beitrag wird aufgezeigt, dass die Lage der Kosakenbewegung in der Ukraine ein Produkt der ukrainischen Politik ist, die sich im Spannungsfeld von ukrainischer Unabhängigkeit und russischem Einfluss bewegt.

Der Anspruch der Ukraine auf das Erbe der Kosaken

Die Ukraine als vermeintliche Heimat der kosakischen Bevölkerung, und als Land, in dem seinerzeit auch

die Saporoger Sitsch verortet war (die zentrale Verwaltungssiedlung der Saporoger Kosaken), kann somit vordergründig einen Anspruch auf das Erbe der Kosaken begründen, der wohlberechtigt erscheint. Die Kosaken waren ursprünglich Söldner, die – für den polnischen König oder für den russischen Zaren – gegeneinander oder gegen türkische Eindringlinge aus dem Süden kämpften. Der polnische Staat unterhielt ein Register der Kosaken, die bereit waren, für ihn zu kämpfen. Die Erzählung Taras Bulba von Nikolaj Gogol verewigt Bilder maskuliner Wildheit. Die Kosaken, die ursprünglich auf den Ländereien ruthenischer Bojaren gesiedelt hatten, errichteten im 16. Jahrhundert die Saporoger Sitsch. 1648 stand Bohdan Chmelnyzkyj an der Spitze der Sitsch und führte einen Aufstand an, der in der Ausrufung eines unabhängigen Staates, des Hetmanats, mündete. Das Hetmanat war bis 1654 de facto autonom. In jenem Jahr akzeptierte dieser Kosakenstaat jedoch in dem Vertrag von Perejaslaw die Oberhoheit des russischen Zaren, der das Hetmanat im Gegenzug unter seinen Schutz stellte. 1954 diente der 300. Jahrestags dieses Abkommens als Rechtfertigung dafür, dass die Halbinsel Krim an die Ukrainische SSR angegliedert wurde. In der Zeit nach 1654 bestand für Kyjiw das größte Problem darin, sich dem Moskauer Zentralismus entgegenzustellen, was erklärt, warum sämtliche berühmte Kosakenatamane jener Zeit wie Iwan Sirko oder Iwan Masepa bei Rebellionen in Erscheinung treten. Letzten Endes ließ Katharina II. 1775 die Saporoger Sitsch zerschlagen und schickte die Kosaken als Grenzsoldaten an den Fluss Kuban, in die heutige Region Krasnodar. Im dortigen lokalen Dialekt sind bis heute ukrainische Elemente erhalten geblieben.

Die Ukraine gehört zu den jüngeren Staaten Europas und betrachtet das Hetmanat des 17. Jahrhunderts als eine frühe Form ihrer Souveränität und Unabhängig-

keit, unter anderem mit dem Verweis auf die angeblich erste geschriebene Verfassung in Europa. Der Historiker Serhii Plokyh schreibt in seinem Buch »The Cossack Myth: History and Nationhood in the Age of Empires«, dass nationalistische Intellektuelle des 19. Jahrhunderts in ihren Schriften explizit den Kosakenmythos beschworen. Plokyh bezieht sich hierbei auf eine »Geschichte der Rus«, einer Schrift, in der die ukrainischen Kosaken »als ein eigenes Volk dargestellt wurden, das von den Russen im Norden zu unterscheiden ist«. Als die Ukraine 1917 zum ersten Mal formal eine Unabhängigkeit erlangte, wurde der Titel des Hetmans für ihr Oberhaupt wiederbelebt, und ein Nachkomme eines Hetmans aus dem 17. Jahrhundert besetzte diesen Posten. Somit war es auch keine Überraschung, dass während der zunehmenden Unabhängigkeitsbestrebungen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre Kosakensymbolik wieder in den Vordergrund rückte. So waren die »Tage des Kosakenruhmes« in Nikopol (Gebiet Saporischschja) vom 1. bis zum 5. August 1990 eines der größten Volksfestivals vor dem Ende des Kommunismus: Es kamen mindestens 300.000 Menschen zusammen (die Schätzungen variieren), um am Grab von Ataman Sirko des 500. Jahrestags der Saporoger Kosaken zu gedenken. Sirko hatte im 17. Jahrhundert eine Revolte gegen den russischen Zaren angeführt. Darüber hinaus gibt es im Kyjiwer Stadtzentrum ein Chmelnyzkyj-Denkmal und einige Boulevards dort sind nach berühmten Kosakenführern benannt. Die ukrainische Nationalhymne bezeichnet die Ukrainer sogar als »Brüder des Kosakenvolkes«. Die Ukraine ist zwar nicht das einzige Land, das das Erbe der Kosaken für sich beansprucht, doch sind die Ansprüche hier am stärksten.

Kosakenbewegungen heute

Die moderne Kosakenbewegung in der Ukraine ist zwar von der westlichen und sogar von der ukrainischen Forschung weitgehend vernachlässigt worden, ist aber nach wie vor von Bedeutung. Man kann die moderne Kosakenbewegung in acht Phasen unterteilen, in denen sich die politische Entwicklung des ukrainischen Staates widerspiegelt. Als erstes erfolgte die »Entwicklungsphase« von 1984 bis 1991, in der an der Staatlichen Universität Donezk eine kosakische Studentengemeinschaft entstand, wie auch Kosakenorganisationen in Saporischschja, Lwiw, Iwano-Frankiwsk, Tscherniwzi, Luzk, Schytomyr, Kyjiw, Uschhorod und Belgorod. Diese Gruppen waren neben den regionalen Räten (ukr.: »Rada«) in Dnipropetrowsk und Saporischschja und dem Stadtrat in Nikopol an der Organisation der oben erwähnten »Tage des Kosakenruhmes« beteiligt. Der Große Rat der ukrainischen Kosaken verabschiedete im August 1991 ebenfalls in Nikopol ein Statut der ukrainischen Kosaken. Im Oktober wurde W. Tschornowil

zum Hetman gewählt. Am 17. März 1992 registrierte das Justizministerium der Ukraine die »Ukrainische Kosakenschaft« als unabhängige patriotische gesellschaftliche Organisation für Sport und Verteidigung.

In der folgenden »Übergangsphase« von 1992 bis 1995 wurden weitere ukrainische Kosakenorganisationen gegründet. 1994 wurde das »Saporoger Heer« (ukr.: »Wijsko Saporoske«) unter Ataman Pantschenko gegründet. Vom 12. bis zum 14. Oktober 1994 fand der zweite Große Rat der »Ukrainischen Kosaken« statt, an dem 400 Delegierte aus 23 Regionen der Ukraine und vom Kuban teilnahmen. Wie erwähnt, ist Mariä Schutz und Fürbitte am 14. Oktober für Kosaken ein heiliger Tag. Am 4. Januar 1995 unterzeichnete Präsident Leonid Kutschma den Erlass Nr. 14/95 »Über die Wiederbelebung der historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Traditionen des ukrainischen Kosakentums«, der staatliche Hilfe zur Entwicklung der ukrainischen Kosaken versprach, unter anderem durch Immobilien und die Förderung von Aktivitäten der Kosakenjugend. Der Erlass versprach darüber hinaus Unterstützung für die Erforschung der Geschichte der ukrainischen Kosaken.

Als drittes kam die »Registerphase« (1995 bis 1999), in der einige Kosakengruppen sich aus der Organisation »Ukrainisches Kosakentum« zurückzogen und in Kyjiw, Tschyhyryn und auf der Insel Chortyzja drei parallele Räte stattfanden. Es gab weitere Unterstützung durch den Staat, und Präsident Leonid Kutschma führte mit seinem Erlass Nr. 1283/99 »Über den Tag des ukrainischen Kosakentums« den 14. Oktober (Mariä Schutz und Fürbitte) als den alljährlichen Feiertag der ukrainischen Kosaken ein. Anschließend unterzeichnete Kutschma den Erlass Nr. 1610/99, durch den der Koordinationsrat zu Fragen der Entwicklung des ukrainischen Kosakentums mit Iwan Bilas an der Spitze geschaffen wurde.

Die vierte, »konstituierende« Phase von 2000 bis 2005 war dadurch geprägt, dass sich in dem Verband unabhängige Kosakengemeinschaften auf unterschiedlichen Ebenen zusammenschlossen und unabhängige Kosakenstrukturen geschaffen wurden. Der Erlass Nr. 1092/2001 von Leonid Kutschma formulierte einen Dreijahresplan zur Wiederbelebung und Weiterentwicklung des ukrainischen Kosakentums. Vorgeschlagen wurde ein breitangelegter Versuch, die Kosakengruppen in der Ukraine zu institutionalisieren; hier können nur einige der Punkte genannt werden. So sollte das Programm einem Beitrag von Timofejew (<https://ronl.org/doklady/istoricheskie-lichnosti/786086/>) zufolge »Maßnahmen für Kosakengesellschaften erarbeiten, um junge Menschen auf der Grundlage von Patriotismus, Demokratie, hohen moralischen Werten und zur Verteidigung des Vaterlandes zu erziehen« und verlieh »bestimmten Teilen der Streitkräfte der Ukraine sowie

anderer militärischer Einheiten [...] Ehrentitel in Verbindung mit Namen bekannter Hetmane, Kosakenkommandeure und Atamane.« Vorgesehen war auch die Schaffung eines Registers für das architektonische Erbe und die Wiederherstellung von Objekten von historischer oder kultureller Bedeutung. In dieser Zeit ließen sich über ein Dutzend anderer Kosakenorganisationen beim ukrainischen Justizministerium registrieren und es erfolgte eine Reihe von Spaltungen aufgrund der jeweiligen politischen Ausrichtung. Im Januar 2005 ernannte die Organisation »Ukrainisches Kosakentum« Wiktor Juschtschenko zum Hetman der ukrainischen Kosaken. Später im Jahr beschloss Juschtschenko den Wiederaufbau einer hölzernen Festung auf der Insel Chortyzja, was von Versprechen über eine Wiederbelebung der ukrainischen Kosaken begleitet wurde. Im Juli fand im russischen Gebiet Kursk ein internationales Treffen von Kosakenorganisationen aus Russland, Belarus, Kasachstan, der Ukraine und aus anderen Ländern statt. Im russischen Nowotscherkassk erfolgte ein Treffen des Großen Rates (russ.: »Bolschoj krug«) des Bunds der kosakischen Kämpfer Russlands und im Ausland (russ.: »Sojus kasakow-woinow Rossii i sarubeshja«).

Als fünftes kam die »Programmphase« von 2006 bis 2010, in der es eine breite Debatte um den Entwurf für ein Gesetz »Über das Kosakentum« und das Programm zur Weiterentwicklung des Kosakentums für die Jahre 2008 bis 2010 gab. Auf einem Treffen, das 2006 am Tag der Einheit der Ukraine stattfand, erklärten die Anführer von 24 Kosakenorganisationen ihre Unterstützung für Präsident Juschtschenko. Die Regierung war allerdings schwach und die Koalitionen in der Werchowna Rada brachen immer wieder auseinander. Als Wiktor Janukowytsch Ministerpräsident wurde, verlor der Präsident die Kontrolle über die Regierung. Daraufhin splitteten sich die ukrainischen Kosaken in Hunderte regionaler, städtischer, landesweiter und internationaler Organisationen auf. Sogar die Organisation »Ukrainisches Kosakentum« teilte sich in zwei Sparten, in einen linksufrigen Rat in Kyjiw und einen rechtsufrigen Rat in Ternopil. Die Teilungen hatten einen negativen Einfluss auf den Gesetzentwurf, und 2009 war die Werchowna Rada nicht in der Lage, ein Gesetz über die Wiederherstellung des ukrainischen Kosakentums zu verabschieden, das ein obligatorisches staatliches Kosakenregister vorgesehen hätte.

In der sechsten Phase dann, in der »Phase vor dem Maidan« von 2010 bis 2013 schaffte Präsident Janukowytsch den Rat der ukrainischen Kosaken ab und hob Kutschmas Erlass von 2001 wieder auf. Es wurde 2011 ein weiterer Koordinationsrat gebildet und ein Kongress in Simferopol abgehalten. Es wurde eine konkurrierende Organisation geschaffen, der Rat der Kosakenatamane der Ukraine, um den unabhängigen ukrainischen Staat

zu einigen und mit den Kosaken der Diaspora zusammenzuarbeiten. Im April 2011 wurde das Forschungsinstitut für Fragen des Kosakentums am Historischen Institut der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine geschaffen. Im Laufe der vorhergegangenen zehn Jahre hatte die Anzahl der registrierten Kosakenorganisationen beträchtlich zugenommen, womöglich auch aufgrund der Ausbreitung des Internets. So öffnete die Jugendorganisation für Kampfsport »Spas« im ganzen Land viele Filialen. Ganz wie in Russland ist die Kultivierung eines militaristischen Patriotismus bei den jungen Menschen für die ukrainischen Kosaken ein zentrales Ziel.

Kosaken beteiligten sich am Euromaidan, der »Revolution der Würde«, und sorgten als Sicherheitspersonal während der Proteste und der anschließenden Gewalt für den Schutz der Menschen. In der Tat waren einige Gruppen der Protestierenden in »Hundertschaften« organisiert, in Anlehnung an einen Begriff der Kosaken (ukr.: »sotnja«). Die Revolution der Würde läutete die siebte Phase ein, die Post-Maidan-Phase, die bis 2020 dauerte. Der Koordinationsrat für die Weiterentwicklung der Kosaken wurde zwar 2015 erneuert, doch betrafen die meisten Entwicklungen in diesem Zeitraum Fragen der territorialen Integrität des Landes. Es gab einen entscheidenden Bruch mit russischen Kosakenorganisationen, weil sich Don-Kosaken und Kuban-Kosaken an der Annektierung der Krim beteiligt haben. Einige ukrainische Kosaken im Süden und Osten des Landes unterstützten die Rebellen im Donbas, die die Ukraine destabilisierten. Die meisten ukrainischen Kosakenorganisationen jedoch entsandten Freiwillige für die pro-ukrainischen Kräfte. Die achte und letzte Phase ist die gegenwärtige, in der Kosakenorganisationen daran arbeiten, eine starke und geeinte Ukraine aufzubauen (der Text wurde bereits Ende 2021, vor Russlands Krieg in der Ukraine, fertiggestellt, Anm. d. Red.).

Somit folgt die Entwicklung der Kosakenbewegung in der Ukraine im Großen und Ganzen der Entwicklung einer authentischen und unabhängigen nationalen ukrainischen Identität. Die drei bedeutendsten Momente für die Schaffung von Kosakengesellschaften waren folgende: die Erlangung der Unabhängigkeit des Landes, die Zeit nach der Orangen Revolution und die Phase nach dem Euromaidan. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine erschienen Kosakenbewegungen akzeptabel, wenn sie Verbindungen zu russischen Kosakenbewegungen beibehielten. In der Zeit nach der Orangen Revolution jedoch versuchte das Regime von Wiktor Janukowytsch, die Entwicklung der ukrainischen Kosakenbewegung zu stoppen; diese hatte einen Kurs skizziert, der sich dem der Kosaken in Russland unterschied. Erst nach der Revolution der Würde war die Kosakenbewegung in der Lage, sich zu einer tat-

sächlich unabhängigen Kraft zu entwickeln, auch wenn dies vom Krieg überschattet wird. Es bleibt abzuwarten, ob die Zurückhaltung Moskaus hinsichtlich einer Respektierung einer rundum unabhängigen Ukraine zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass eine nicht kontrollierte Kosakenbewegung in der Ukraine die Kosaken in Russland zu Unabhängigkeitsbestrebungen ermutigen könnte.

Schlussfolgerungen

Die ukrainischen Kosaken sind nach wie vor eine der schillerndsten, wenn auch zu wenig erforschten Phänomene des Landes. Die Vorstellungen über die Kosaken sind für die ukrainische Politik aus drei Gründen wichtig: Zum einen sind die Kosaken ein Symbol, das

zu einer der Grundlagen werden könnte, auf denen in der Zukunft eine unikale nationale Identität artikuliert werden kann. Zweitens sind die Kosakenorganisationen aktiv und wachsen überall im Land. Im Falle einer russischen Invasion wären sie wichtige Akteure (wie sie es schon während des Euromaidan zum Schutz der Protestierenden waren). Die Kosaken werden zweifellos zu jenen gehören, die an der Spitze eines Aufstandes stehen. Drittens dürften Kosakenorganisationen, die einen Schwerpunkt auf Wehrtüchtigung und patriotischen Unterricht setzen, zukünftig aus sich heraus zu wichtigen Akteuren in der ukrainischen Politik werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

In den [Russland-Analysen 415](#) erschien zeitgleich eine Analyse von Richard Arnold zu der Kosakenbewegung in Russland.

Über den Autor

Richard Arnold ist Associate Professor für Politikwissenschaft an der Muskingum University, an der er Internationale Beziehungen und Vergleichende Politikwissenschaft lehrt. Er ist der Autor von »Russian Nationalism and Ethnic Violence: Symbolic Violence, Lynching, Pogrom, and Massacre« (2016 bei Routledge erschienen) und Herausgeber von »Russia and the FIFA 2018 World Cup« (2021, ebenfalls Routledge). Sein nächstes Projekt befasst sich mit den Kosaken.

Tabelle 1: Kategorien und wichtige Kosakenorganisationen in der Ukraine (soweit möglich, mit dem Namen des Atamanen in Klammern).

Registrierte Kosaken	Freie Kosaken	Saporoger Kosaken	Herkömmliche Kosaken
Ukrainisches Kosakentum (M. Panteljuk)	Kosakenschaft der Ukraine (A. Popowitsch)	Saporoger Kosakenschaft (D. Sahajdak)	Internationale Föderation für Kampf-Hopak (W. Pylat)
Ukrainisches Register-Kosakentum (A. Schewtschenko)	Vereinigte Kosakenschaft der Ukraine »Sitsch« (W. Humenjuk)	Saporoger Basis-Heer*	Paganistische Vereinigungen
Internationale Union der Kosaken-Heere* der Ukraine und im Ausland (W. Barantschukow)	Nestor-Machno-Gesellschaft »Huljajpole« (O. Prytula)	Union der Kosaken der Ukraine / Saporoger Heer* (W. Popow / P. Sabolotnyj)	
Kosaken-Heere* der Ukraine (Je. Hrubá)	Kosakentum der Neuen Ukraine (M. Sitnjuk)	Wiedergeburt des Saporoger Kosakentums (O. Solodownik)	

* »Heer« – ukr.: »wisko«

Quelle: Tymofejew, W. Ja.: Kosazko-lizarske wychowannja. In: Samowlennja, Nr. 07/01-11, 01.02.2007; <https://ronl.org/doklady/istoricheskielichnosti/786086/>.

CHRONIK

18. – 23. Februar 2022

18.02.2022	US-Präsident Joe Biden ist überzeugt, dass der russische Präsident Wladimir Putin die Entscheidung getroffen hat, die Ukraine anzugreifen. Er betont aber, es sei noch nicht zu spät für eine diplomatische Lösung des Konflikts.
18.02.2022	Laut dem Ständigen Vertreter der USA bei der OSZE, Michael Carpenter, hat Russland zwischen 169.000 und 190.000 Soldat:innen und Sicherheitskräfte an den Grenzen zur Ukraine zusammengezogen. Die aktuelle Schätzung enthält auch in Belarus stationierte Truppen, Ende Januar war man noch von rund 100.000 ausgegangen.
18.02.2022	Nach Angaben der OSZE nehmen die Verstöße gegen die Waffenruhe im Konfliktgebiet Donbas weiter zu. Für die Region Donezk seien 222, für die Region Luhansk 648 Verstöße gemeldet worden, heißt es in einer Mitteilung. Zuvor war davor gewarnt worden, Russland könnte einen Vorwand für einen Angriff auf die Ukraine inszenieren.
18.02.2022	Die Anführer der pro-russischen »Separatisten« rufen zu einer großangelegten Evakuierung von Zivilist:innen aus den besetzten Gebieten im Donbas nach Russland auf und behaupten, das ukrainische Militär plane einen Angriff auf die Gebiete. Der russische Präsident Wladimir Putin weist die Regierung in Moskau an, den Flüchtenden zu helfen.
19.02.2022	Auf der Münchner Sicherheitskonferenz hält Präsident Wolodymyr Selenskyj eine vielbeachtete Rede, in der er die anwesenden Staats- und Regierungschefs um mehr Unterstützung für die Ukraine bittet, Sicherheitsgarantien für sein Land fordert und zu präventiven Sanktionen gegen Russland aufruft.
19.02.2022	Die Anführer der pro-russischen »Separatisten« in den besetzten Gebieten Donezk und Luhansk ordnen eine Generalmobilmachung an. Zuvor hatten sie schon zur Evakuierung von Zivilist:innen aufgerufen, die aus den Gebieten in die russische Region Rostow gebracht werden.
19.02.2022	Das Auswärtige Amt verschärft seine Sicherheitshinweise für die Ukraine und ruft deutsche Staatsbürger:innen auf, das Land wegen der Kriegsgefahr »jetzt« zu verlassen.
20.02.2022	Das belarussische Verteidigungsministerium teilt mit, der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko und sein russische Amtskollege Wladimir Putin hätten entschieden, das gemeinsame Militärmanöver in Belarus fortzusetzen. Als Begründung wird die Eskalation des Konflikts im Donbas angeführt.
20.02.2022	Die ukrainische Joint Forces Operation erklärt, Russland habe unter Verletzung der Minsker Vereinbarungen 134 Einheiten schweren militärischen Geräts in den besetzten Gebieten im Donbas stationiert, darunter Haupt- und Mehrfachraketenwerfer.
21.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin teilt seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron und dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz telefonisch mit, dass er in Kürze die selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten anerkennen wird, wobei er auf Berichte über eine ukrainische Aggression gegen die Gebiete verweist.
21.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin erkennt, wie zuvor angekündigt, die selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk als souveräne Staaten an. In einer live übertragenen Fernsehansprache bekräftigt er, die Ukraine sei ein unabdingbarer Teil der russischen Geschichte und Kultur, die »moderne Ukraine sei ganz und gar von Russland erschaffen« worden und sie habe nie eine »echte Staatlichkeit« gehabt. Im Anschluss an die Rede ist in der Übertragung zu sehen, wie Putin nach einem Antrag der pro-russischen »Separatisten« ein entsprechendes Dekret unterzeichnet.
21.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin ordnet die Entsendung von Truppen in die selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk an. Zuvor hatte er diese Gebiete als unabhängige Staaten anerkannt. Außerdem ordnet er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Gebieten an.
21.02.2022	Mehrere Staaten regieren im Rahmen einer kurzfristig anberaumten Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats auf die Entsendung russischer Truppen in die Ukraine mit scharfer Kritik. Die US-Botschafterin bei der UN Linda Thomas-Greenfield bezeichnet den Schritt als eindeutige Grundlage für den Versuch, einen Vorwand für eine weitere Invasion in die Ukraine zu schaffen.
22.02.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wendet sich in einer im Fernsehen übertragenen Ansprache an sein Land, nachdem russische Truppen offiziell in die besetzten Gebiete im Donbas verlegt werden. »Wir sind dem friedlichen und diplomatischen Weg verpflichtet. [...] Wir sind auf unserem Boden. Wir haben vor nichts und niemandem Angst, wir schulden niemandem etwas und wir werden niemandem etwas zugestehen«, sagt er in der Ansprache. »Es ist nicht Februar 2014, sondern Februar 2022. Es ist ein anderes Land, eine andere Armee, es gibt nur ein Ziel: Frieden.«

22.02.2022	Der Rat der Europäischen Union beschließt, der Ukraine 1,2 Milliarden Euro in Form von Notkrediten bereitzustellen, die angesichts der Sicherheitsbedrohung und des erheblichen Kapitalabflusses die Widerstandsfähigkeit der Ukraine stützen sollen.
22.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass die kürzlich von ihm als unabhängig anerkannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk Anspruch auf die gesamten Oblaste Donezk und Luhansk erheben. Die besetzten Gebiete machen etwa ein Drittel der beiden ostukrainischen Oblaste aus.
22.02.2022	Der Föderationsrat Russlands stimmt auf einen Antrag des russischen Präsidenten hin einem Einsatz russischer Streitkräfte im Ausland zu. Der stellvertretende russische Verteidigungsminister Nikolaj Pankow erklärte den Beschluss mit der Eskalation der Lage im Donbass und der Notwendigkeit, die Einwohner der Region zu beschützen.
22.02.2022	Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz setzt als Reaktion auf die Anerkennung der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk durch Russland und die Entsendung russischer Truppen in das Gebiet das Zertifizierungsverfahren für die russische Gaspipeline »Nord Stream 2« aus. Der Bau der Pipeline ist seit September 2021 abgeschlossen.
22.02.2022	In Reaktion auf das russische Vorgehen gegen die Ukraine einigen sich die Außenminister:innen der EU-Staaten auf weitere Sanktionen gegen Russland, die unter anderem einen eingeschränkten Zugang für Russland zu den Kapital- und Finanzmärkten der EU sowie ein Handelsverbot für russische Staatsanleihen vorsehen. Die Maßnahmen betreffen außerdem 351 Mitglieder der russischen Staatsduma, die für die Verletzung des Völkerrechts und der territorialen Integrität der Ukraine gestimmt hätten, sowie 27 Personen und Einrichtungen, die eine Rolle bei der Bedrohung der territorialen Integrität der Ukraine spielten. Auch die USA und Kanada verhängen Sanktionen.
23.02.2022	Die Werchowyna Rada stimmt mit großer Mehrheit für die Verhängung des Ausnahmezustands, der ab dem 24. Februar landesweit mit Ausnahme der Oblaste Donezk und Luhansk gelten wird. Die beiden ostukrainischen Oblaste haben aufgrund der seit 2014 andauernden teilweisen Besetzung durch Russland bereits einen besonderen Rechtsstatus.
23.02.2022	Vor dem Hintergrund der akuten Kriegsgefahr ordnet Präsident Wolodymyr Selenskyj die Teilmobilisierung von Reservist:innen an. Ab sofort werden 36.000 Reservist:innen für die Streitkräfte, 5.000 für die Nationalgarde und 5.000 für den Grenzschutzdienst einberufen.
23.02.2022	In einer erneuten Fernsehansprache wendet sich Präsident Wolodymyr Selenskyj an das russische Volk. »Wollen die Russen einen Krieg? Die Antwort hängt nur von Ihnen ab, Bürger der Russischen Föderation«, erklärt er in der Ansprache.
23.02.2022	Die Anführer der pro-russischen »Separatisten« in den besetzten Gebieten im Donbas bitten den russischen Präsidenten Wladimir Putin um militärischen Beistand. In einem von der russischen Nachrichtenagentur TASS veröffentlichten Schreiben fordern sie Unterstützung an, um sich der »ukrainischen Aggression« entgegenzustellen. Putin hatte zuvor ein Eingreifen in Aussicht gestellt, sollte er gefragt werden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Almuth Müller.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Almuth Müller
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

🐦 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.